



Protokoll Nr. 7

Stadtratssitzung

Donnerstag, 5. März 2009, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Progymnasium "PROGR": Übertrag vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen (überarbeiteter Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) (FSU: Bernasconi / FPI: Hayoz)	08.000220
2. Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR): Totalrevision nach erster Lesung im Stadtrat sowie Teilrevision der Gemeindeordnung; Abstimmungsbotschaft (BAK: Lehmann)	07.000021
3. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Was unternimmt der Gemeinderat zur Sicherung der dauerhaften Existenz des Botanischen Gartens? (TVS: Rytz)	09.000039
4. Motion Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Berücksichtigung der Fussgängeranliegen bei Baustellen im öffentlichen Raum (TVS: Rytz)	08.000194
5. Postulat Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Bierhübeli-Kreisel wiederherstellen (TVS: Rytz)	08.000155
6. Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA! (Stefan Jordi, SP/Urs Frieden, GB): Ein Dach für den Breitensport (TVS: Rytz)	08.000217

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 7	355
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	357
Mitteilungen des Präsidenten.....	358
1 Progymnasium „PROGR“: Übertragung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen (überarbeiteter Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft)	359
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr	376
1 Fortsetzung: Übertrag der Liegenschaft ehemaliges Progymnasium vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen (Abstimmungsbotschaft).....	377
3 Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Was unternimmt der Gemeinderat zur Sicherung der dauerhaften Existenz des Botanischen Gartens?	394
Eingänge	399

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Büechi
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Thomas Begert
Peter Bernasconi
Kathrin Bertschy
Dieter Beyeler
Lea Bill
Manfred Blaser
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Rithy Chheng
Philippe Cottagnoud
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Regula Fischer
Andreas Flückiger
Jan Flückiger
Urs Frieden
Jacqueline Gafner Wasem
Simon Glauser

Thomas Göttin
Claude Grosjean
Beat Gubser
Leyla Gül
Erich J. Hess
Kurt Hirsbrunner
Beni Hirt
Jimmy Hofer
Natalie Imboden
Stefan Jordi
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Michael Köpfli
Vania Kohli
Peter Künzler
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Anna Magdalena Linder
Daniela Lutz-Beck
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Claudia Meier
Christine Michel
Patrizia Mordini

Erik Mozsa
Philippe Müller
Nadia Omar
Stéphanie Penher
Pascal Rub
Rahel Ruch
Hasim Sancar
Emine Sariaslan
Daniela Schäfer
Martin Schneider
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Peter Wasserfallen
Thomas Weil
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Michael Aebersold
Henri-Charles Beuchat
Anastasia Falkner

Mario Imhof
Ueli Jaisli

Tanja Sollberger
Béatrice Wertli

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Barbara Hayoz FPI

Entschuldigt

Reto Nause SUE

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Ratssekretariat

Jürg Stampfli, Ratssekretär
Adrienne Hochuli, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende *Ueli Haudenschild*: Ich begrüsse Rahel Ruch, die als Nachfolgerin von Anne Wegmüller heute das erste Mal im Stadtrat ist und wünsche ihr bei ihrer Ratsarbeit viel Freude. Das Interesse am ersten Traktandum der heutigen Sitzung ist gross. Die Diskussion wird von BZ-online, der PROGR-Gruppe sowie dem Schweizer Fernsehen aufgezeichnet.

Zur Dringlichen Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): „Keine Bewilligung der Reitschule und der Gemeinderat schaut weg“ vom 19. Februar 2009 habe ich folgende Mitteilung zu machen: Im Ratssekretariat war man irrtümlich der Meinung, dass lediglich Punkt 8 dringlich sei. Aus diesem Grund wird die Antwort des Gemeinderats nicht wie ursprünglich vorgesehen am 12. März 2009, sondern erst am 19. März 2009 vorliegen.

Jimmy Hofer hat im Namen der SVPplus-Fraktion den **Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass zur Situation im Sozialwesen gestellt**, wobei die erste Stunde der Sitzung dieser Diskussion gewidmet werden sollte.

Beschluss

Der Rat lehnt dem Antrag SVPplus-Fraktion (Jimmy Hofer, Parteilos) ab (17 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung).

Annette Lehmann (SP) für die Kommission BAK: **Die BAK beantragt dem Stadtrat, Traktandum 9 der Sitzung vom 12. März 2009 „Sozialhilfe in der Stadt Bern. Schlussbericht“ zu verschieben.** Die BAK empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Schlussbericht zusammen mit dem Untersuchungsbericht der BAK zu beraten, welcher voraussichtlich vor den Sommerferien vorliegen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte der Gemeinderat im Auftrag der BAK zudem seinen Bericht in Form eines kurzen Vortrags aktualisieren und über den Stand der Dinge ein halbes Jahr nach der Umsetzung der Massnahmen berichten. Damit könnten der Schlussbericht des Gemeinderats, der Untersuchungsbericht der BAK sowie der Vortrag über den aktuellen Stand der Umsetzung der Massnahmen gemeinsam beraten werden. Nach Ansicht der BAK wäre es nachteilig, die Debatte über den Schlussbericht bereits am 12. März 2009 zu führen, weil dann vermutlich über den Untersuchungsgegenstand der BAK und die damit verbundenen Ereignissen statt über den eigentlichen Schlussbericht und damit über dessen Inhalt, Massnahmen und Empfehlungen diskutiert würde.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Wahrscheinlich hat sich im Kommissionsprotokoll ein Fehler eingeschlichen, denn ich habe in der BAK dem Antrag auf Verschiebung nicht zugestimmt. Sowohl ich als auch die Fraktion FDP sind der Meinung, dass der Gemeinderat im erstellten Schlussbericht seine Schlussfolgerungen gezogen und dargelegt hat. Wenn nun der Schlussbericht erst Mitte Jahr behandelt wird, kann der heute in den Zeitungen greifbare Vorwurf, dass die Sache rund um das Sozialwesen verschleppt worden sei, noch einmal erhoben werden kann. Dieser Vorwurf kann sich dann sogar gegen den Stadtrat richten, falls dieser nicht bereit ist, den Bericht in der Sitzung vom 12. März 2009 zu diskutieren. Die BAK hat nicht beschlossen, die Sozialhilfedossiers noch einmal zu überprüfen. Wenn wir die beschlossene Untersuchung durchführen, werden wir keinen weiteren Bericht verfassen. Wir werden aufgrund der jüngsten Ereignisse die Zusammenarbeit von Finanzinspektorat, Direktion BSS und Gemeinderat untersuchen. Diese Untersuchung hat nichts mit dem Inhalt des Schlussberichts zu tun. Wir werden eine inhaltliche Diskussion führen können und es ist nicht schlimm, falls die eine oder der andere in der Diskussion ein Wort verliert zum Umfeld, in welchem der Bericht zur Kenntnis gegeben und publiziert wurde. Der materielle Inhalt des Berichts liegt auf

dem Tisch und muss bald diskutiert werden. Aus diesem Grund beantrage ich dem Stadtrat, den Antrag der BAK abzulehnen.

Simon Glauser (SVP): Ich kann mich Hans Peter Aeberhard und damit der Minderheitsmeinung in der BAK vollumfänglich anschliessen. Es darf nicht so weit kommen, dass zuletzt gar dem Stadtrat der Vorwurf gemacht wird, die Sache verschleppt zu haben. Die SVPplus-Fraktion lehnt den Verschiebungsantrag ab.

Der Ratspräsident *Ueli Haudenschild:* Da der Verschiebungsantrag der BAK neu und wichtig ist, möchte ich den Fraktionen die Chance geben, darüber zu diskutieren und erst zu Beginn der Abendsitzung über die Verschiebung abstimmen.

Erich J. Hess (JSVP): Ich stelle den Ordnungsantrag zur sofortigen Abstimmung.

Beschluss

1. Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag Hess zu (57 Ja, 9 Nein, 1 Enthaltung).
2. Der Rat stimmt dem Verschiebungsantrag der Kommission BAK zu (33 Ja, 30 Nein, 5 Enthaltungen).

1 Progymnasium „PROGR“: Übertragung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen (überarbeiteter Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 08.000220 / 09/008

Gemeinderatsantrag

- I. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage für den Übertrag der Liegenschaft ehemaligen Progymnasium vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen.
- II. Den Stimmberechtigten wird die folgende Variantenabstimmung unterbreitet:

Variante A „Projekt Doppelpunkt“

1. Das Grundstück Waisenhausplatz 30, Bern Grundbuchblatt 1100, Kreis I (ehemaliges Progymnasium), wird vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen der Stadt Bern übertragen.
2. Nach Übertragung des Grundstücks Waisenhausplatz 30 wird die Bodenparzelle der Allreal Generalunternehmung AG in Bern (Investorin Siegerteam) im Baurecht zu einem Baurechtszins von Fr. 320 000.00 pro Jahr abgegeben und das bestehende Gebäude der Allreal Generalunternehmung AG für 2,4 Mio. Franken verkauft. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschliessen.

Variante B „Künstlerinitiative pro PROGR“:

1. Das Grundstück Waisenhausplatz 30, Bern Grundbuchblatt 1100, Kreis I (ehemaliges Progymnasium), wird vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen der Stadt Bern übertragen.
2. Nach Übertragung des Grundstücks Waisenhausplatz 30 wird die Bodenparzelle dem Verein Künstlerinitiative pro PROGR (allenfalls der noch zu gründenden Stiftung PROGR) im Baurecht zu einem Baurechtszins von Fr. 320 000.00 pro Jahr abgegeben und das bestehende Gebäude dem Verein (bzw. der noch zu gründenden Stiftung) für

2,4 Mio. Franken verkauft. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschliessen.

III. Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird genehmigt.

Bern, 28. Januar 2009

Peter Bernasconi (SVP) für die Kommissionsmehrheit der FSU: Wir haben an der letzten Kommissionssitzung beschlossen, dass Christine Michel die Meinung der Kommissionsminderheit vertreten wird. Entsprechend beschränke ich mein Votum auf die Meinung der Kommissionsmehrheit. Ich möchte mich im Namen der Kommission FSU bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie weiteren Fachleuten herzlich für ihre kompetente und professionelle Unterstützung bedanken. Am 6. November 2008 hat der Stadtrat die Vorlage „Übertragung der Liegenschaft altes Progymnasium „PROGR“ vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen (Abstimmungsbotschaft)“ an den Gemeinderat mit den im Vortrag abgedruckten Auflagen zurückgewiesen.

Zur Angebotsschrift: Die Eingabe der ‚Stiftung PROGR Zentrum für Kulturproduktion‘ des Vereins Künstlerinitiative Pro PROGR (Verein) ist termingerecht auf den 31. Dezember 2008 erfolgt und wurde anschliessend von einem Fachgremium direktionsübergreifend beurteilt. Die Offerte für den Kauf des Gebäudes und der Baurechtszins entsprechen der Eingabe des Siegerprojekts Doppelpunkt. Nach Ablauf der Eingabefrist hat der Verein mehrmals Unterlagen nachgereicht, welche nur noch teilweise durch das Fachgremium geprüft werden konnten. Zur Prüfung des Kaufangebots: Die Kommission FSU beurteilte das Angebot des Vereins anhand eines Prüfungsberichts, welcher am 19. Januar 2009 ausgestellt wurde und am 16. Februar 2009 in der Kommission FSU behandelt wurde. Zum Finanzierungsnachweis: Der Offerte des Vereins liegt eine Faxbestätigung über vorhandene Absichtserklärungen über 4,47 Mio. Franken als Darlehen und 1,04 Mio. Franken à fonds perdu-Beträge bei. In der Zwischenzeit sind weitere Zusagen eingegangen. In ihrer Sitzung vom 16. Februar 2009 lagen der Kommission FSU keine Informationen über die Käuferschaft vor. Zudem waren für uns weder die Höhe des Betrags, die Laufzeit der Kredite noch die Zinsbedingungen, unter denen die Kredite gewährt wurden, nachvollziehbar. Einzig Stadtpräsident Alexander Tschäppät verfügte über eine Liste, wobei er aus Vertraulichkeitsgründen und auf Wunsch der Kapitalgebenden deren Namen nicht nennen durfte. Am 9. Januar 2009 wurde der Präsident des Vereins Künstlerinitiative Pro PROGR von der Liegenschaftsverwaltung darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Finanzierungsnachweis nicht genüge. Die Liegenschaftsverwaltung hat entsprechend mehr Unterlagen eingefordert. Die Credit Suisse hat eine Finanzierung über Hypotheken nachrangig durch eine Absichtserklärung in Aussicht gestellt. Zu diesem Zeitpunkt lag keine Ausführungsgarantie vor, wie wir sie an der Stadtratssitzung in Form eines Antrags genehmigt hatten. Da keine Planeingaben erfolgt waren, konnte keine Beurteilung der gestalterischen Elemente vorgenommen werden. Da jedoch kaum Änderungen am Gebäude geplant sind, wird die Bausubstanz mehr oder weniger vollständig erhalten bleiben. Zur funktionalen Qualität: Der Denkmalpfleger forderte eine fachgerechte Sanierung von Dach und Fassade des Gebäudes. Eine fachgerechte Sanierung kann unterschiedlich aussehen, wobei nach Ansicht des Denkmalpflegers eine Minimalvariante in Anbetracht der stark vernachlässigten Bausubstanz allerdings nicht in Frage kommt.

Zur Nachhaltigkeit: Aus Sicht der Fachleute fehlt beim Projekt der PROGR-Stiftung die längerfristige Nachhaltigkeit. Die vorgesehene Sanierung von 8 Mio. Franken stellt eine Minimalvariante dar. Die Gebrauchstauglichkeit ist für die ersten Jahre sichergestellt und im Bereich der Fassade sind deren Erhaltung und Pflege gegeben. Ein Fachmann aus dem Sandstein- und Steinhauergewerbe hat dies bestätigt. Es bleibt jedoch ein aufgestauter Unterhalt im Bereich

Haustechnik bestehen, der auf mehrere Millionen Franken geschätzt wird. Wenn dieser aufgestaute Unterhalt anfällt, müssen die Mietzinse, welche aufgrund der Vereins-Offerte um 30% erhöht werden, erneut angehoben werden. Eine Mietzinserhöhung in diesem Ausmass erscheint der Verwaltung allerdings kaum realistisch. Zur Wirtschaftlichkeitsanalyse: Der Baurechtszins beträgt 15% der Mietzinseinnahmen. Bei einer kulturellen Nutzung würde sich der Baurechtszins gar auf 34% der Mietzinseinnahmen belaufen. Die Verwaltung weist in ihrem Bericht darauf hin, dass dies bereits nach kurzer Zeit zu einem negativen Betriebsergebnis führen könnte. Bei der Ausschreibung wurde darauf hingewiesen, dass der aufgelaufene Gebäudeunterhalt behoben und entsprechend die notwendigen Sanierungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Beim Projekt der PROGR-Stiftung bleibt das Gebäude allerdings im wachsenden Schaden. Zur Tragbarkeitsrechnung: Der Gesamtaufwand des Projekts der PROGR-Stiftung beträgt 945 000 Franken. Davon sind 268 000 Franken für Kapitalkosten und 676 000 für Bewirtschaftungskosten vorgesehen. Der Verein hat auf der Grundlage eines Mieterspiegels Mietzinseinnahmen in der Höhe von 945 000 Franken nachgewiesen. Es wurden keinerlei Reserven eingerechnet. Auch wenn der Hypothekarzins zurzeit sehr tief ist, muss man vom langjährigen Mittel des Hypothekarzinses ausgehen, wenn man eine Liegenschaft über längere Zeit zu besitzen gedenkt. Wenn man anstelle der 3,25% nun 4,5% einsetzt und das Leerstandrisiko, die Unterhaltskosten von 1 bis 1,5% sowie die Kosten für die Betriebsverwaltung berücksichtigt, kommt man zum Schluss, dass die Einnahmen des Vereins 1,34 Mio. Franken betragen müssten, damit die Rechnung überhaupt aufgeht.

Die Kommission FSU ist zum Schluss gekommen, dass dieser Standort für eine rein kulturelle Nutzung nicht geeignet ist. Aus diesem Grund haben wir den Antrag gestellt, dem Stimmvolk keine Variantenabstimmung zu unterbreiten.

Christine Michel (SP) für die Kommissionsminderheit der FSU: Mit einem Stimmenverhältnis von 6 : 4 bei 1 Enthaltung beantragt die Kommission FSU dem Rat, dem Volk keine Variantenabstimmung zum Übertrag der Liegenschaft ehemaliges Progymnasiums vorzulegen. Da dieser Entscheid von einer knappen Mehrheit getragen wurde, beschloss die Kommission, dass auch die Minderheit ihre Position im Rat darlegen kann. Im Folgenden spreche ich also für die Kommissionsminderheit. Die Kommissionsminderheit beantragt dem Rat, dem vorliegenden Antrag des Gemeinderats zu folgen und dem Stimmvolk eine Variantenabstimmung zu unterbreiten. Die Gleichwertigkeit des Angebots des Vereins gegenüber dem Projekt Doppelpunkt ist unserer Ansicht nach in ausreichendem Mass gegeben, um dem Volk eine Variantenabstimmung zu unterbreiten. Um das allfällige finanzielle Risiko der Stadt bezüglich einer nachhaltigen Finanzierung abzusichern, beantragen wir, eine Heimfallklausel in den Baurechtsvertrag mit der Stiftung PROGR aufzunehmen. Beim vorliegenden Geschäft geht es um die grundsätzliche Frage, ob man einer verstärkt kulturellen und öffentlichen oder eine verstärkt kommerziellen Nutzung in diesem Gebäude an zentraler Lage den Vorzug geben möchte. Diese Frage sollte dem Stimmvolk zur Entscheidung vorgelegt werden. Folgende Argumente, welche in der Kommission FSU erörtert wurden, haben uns dazu bewogen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Zur Gleichwertigkeit: Mit dem vorliegenden Kaufangebot, welches von der Liegenschaftsverwaltung geprüft wurde, werden unserer Ansicht nach diejenigen Auflagen erfüllt, welche der Stadtrat am 6. November 2008 mit der Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat verknüpft hatte, nämlich dem Stadtrat bei vergleichbaren Konditionen sowie einem realistischen Finanzierungsnachweis eine Variantenabstimmung vorzulegen. Der Gemeinderat hat die vergleichbaren Konditionen sowie den realistischen Finanzierungsnachweis in der Kommission FSU bekräftigt und beantragt dem Stadtrat die Variantenabstimmung, obwohl er selber am Juryentscheid festhält. Zum Zeitpunkt der Diskussion in der Kommission war das Eigenkapital gegenüber der ursprünglichen Eingabe durch Spenden bereits um eine zusätzliche Million

erhöht worden. Damit wurde die finanzielle Grundlage breiter. In der Frage der Gleichwertigkeit müssen verschiedene Aspekte gewichtet werden. Neben der Frage der Finanzierbarkeit müssen beispielsweise auch die Frage nach der öffentlichen Nutzung des Gebäudes sowie kulturpolitische Fragen diskutiert werden.

Zur langfristigen Finanzierung des Betriebs: Auch die Kommissionsminderheit ist der Meinung, dass mit dem PROGR kein weiterer Zuschussbetrieb der Stadt entstehen sollte. Die notwendige Mietzinserhöhung von 30% erscheint uns realistisch, da die Ateliermieten mit jährlich 106 Franken/m² zum jetzigen Zeitpunkt sehr günstig sind. Eine Anfrage an die Abteilung für Kulturelles hat ergeben, dass in anderen Ateliers der Stadt die Miete zwischen 120 und 140 oder über 200 Franken/m² beträgt. Auch beim Projekt Doppelpunkt werden die Mieten für die kulturelle Nutzung steigen. Die Sicherheiten seitens der Geldgeber sowie die längerfristige Finanzierung des Unterhalts wurden in der Kommission eingehend diskutiert. Für uns ist klar, dass die Darlehensverträge sowie die unwiderrufbaren Schenkungsverträge stehen müssen, bevor der Baurechtsvertrag mit der Stiftung PROGR abgeschlossen wird. Ebenso muss die Frage der Nachrangigkeit zu diesem Zeitpunkt geklärt sein. Die Einschätzung des Gemeinderats, dass für die längerfristige Finanzierung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gebäudeunterhalt, allenfalls weitere finanzielle Anstrengungen seitens der Stiftung notwendig werden, hat uns dazu bewogen, die Frage zu diskutieren, ob weitere Finanzquellen wie beispielsweise Sponsoren oder Stiftungen wie der Lotteriefonds vorhanden sind. Es ist zudem zu bedenken, dass auch bei einer kommerziellen Nutzung keine Garantie besteht, dass alle Räumlichkeiten vermietet werden können. Im Gegensatz zum Wettbewerbssieger Projekt Doppelpunkt können im Baurechtsvertrag mit der Stiftung PROGR noch Auflagen gemacht werden. Die Kommission FSU hat unserem Antrag zugestimmt, eine Heimfallklausel in den Baurechtsvertrag mit der Stiftung PROGR aufzunehmen und eine teilweise öffentliche Nutzung des Gebäudes vertraglich sicherzustellen. Damit wird vertraglich festgehalten, unter welchen Bedingungen die Stiftung PROGR das Gebäude an die Stadt abtreten müsste, falls die Stiftung die Finanzierung nicht mehr gewährleisten kann. Eine teilweise öffentliche Nutzung wäre beim Projekt Doppelpunkt nicht unbedingt vorhanden. Es könnte sogar dazu kommen, dass die Allreal Generalunternehmung AG die Liegenschaft zu einem späteren Zeitpunkt weiterverkauft und die Nutzung ändert, ohne dass Stimmvolk oder Stadtrat sich dazu äussern könnten.

Wir sind der Meinung, dass das Stimmvolk über diese wichtige Vorlage und die Projekte entscheiden sollte. Beide Projekte haben Vor- und Nachteile. Letztendlich geht es um die Frage, ob man einer verstärkt kulturellen oder einer verstärkt kommerziellen Nutzung den Vorzug geben möchte. Die Kommissionsminderheit beantragt dem Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und dem Stimmvolk eine Variantenabstimmung vorzulegen.

Fraktionserklärungen

Nicola von Greyerz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: In wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat eine kleine Gruppe von Künstlerinnen und Künstlern innerhalb von zwei Monaten ein finanzierbares Konzept für die Weiterführung des PRGOR auf die Beine gestellt. Unabhängig davon, was man vom Projekt hält, gilt es, diese Leistung zu anerkennen. Die Künstlerinnen und Künstler haben sämtliche auferlegte Bedingungen erfüllt und damit Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit bewiesen. In den letzten vier Jahren ist im PROGR ein kreatives Milieu entstanden und die stadtplanerischen sowie -entwicklerischen Konzepte von „Creative City“ wurden im PROGR ohne grosse Worte vorgelebt. Die Künstlerinnen und Künstler haben gezeigt, dass man die Attraktivität eines Stadtteils mit kreativ-wirtschaftlichen Unternehmungen stark verbessern kann. Dieses einzigartige kreative Milieu muss erhalten bleiben. Wert und Ausstrahlung des PROGR lassen sich nur schwer beziffern. Verschiedenen Medienberichten zu-

folge hat der PROGR eine nationale und internationale Ausstrahlung. Damit kann sich Bern als Kulturstadt sowie als „Creative City“ profilieren. Der PROGR ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Summe des Ganzen mehr ist als die Einzelteile. Das Nebeneinander und Miteinander von Kulturproduktion, Kulturvermittlung, Kulturkonsum und Dienstleistungen ist befruchtend und macht den PROGR so erfolgreich. Der PROGR kann nur als Ganzes, wie er im heutigen Zustand ist, funktionieren. Es können nicht einzelne Teile aus dem Gesamtkonzept herausgelöst und in ein neues Konzept integriert werden. Erfahrungen haben gezeigt, dass Mischnutzungen nicht funktionieren. Es ist klar, dass es beim heutigen Entscheid auch um Geld beziehungsweise um die Frage der Finanzierbarkeit geht. Darüber hinaus handelt es sich aber auch um einen stadtplanerischen sowie einen kulturpolitischen Entscheid. Mit dem vorliegenden PROGR-Konzept können zwei Varianten miteinander verglichen werden. Die SP/JUSO-Fraktion kommt bei diesem Vergleich zum Schluss, dass mit dem Projekt der PROGR-Stiftung das bessere Konzept vorliegt. Dieses Projekt bietet der Stadt einen grösseren Nutzen sowie eine höhere Sicherheit. Im Gegensatz zu Allreal garantiert das Projekt der PROGR-Stiftung mit dem Zweckartikel eine rein kulturelle Nutzung der Liegenschaft. Da die börsennotierte Firma Allreal nie explizit zugesagt hat, das Gebäude unter keinen Umständen weiterzuverkaufen, besteht beim Projekt Doppelpunkt die Möglichkeit, dass das Gebäude irgendwann verkauft wird. Die PROGR-Stiftung hingegen wird nicht mit der Liegenschaft spekulieren. Die PROGR-Stiftung ist eine verlässliche Partnerin für die Veranstalter und Kulturbüros, welche zurzeit in der Liegenschaft ehemaliges Progymnasium arbeiten, denn sie garantiert die aktuellen Mietzinse weiter. Bei Allreal hingegen ist unter Umständen mit Mietzinsforderungen zu rechnen. Dies kann dazu führen, dass den Veranstaltern weniger Geld für ihr kulturelles Engagement zur Verfügung steht, da sie mehr Geld in die Infrastruktur investieren müssen. Einzelne Veranstalter sähen sich vielleicht gar zum Auszug gezwungen. Mit der derzeitigen Form des PROGRs wird die Sicherheit im öffentlichen Raum gesteigert, denn der PROGR bietet vor allem abends Belebung in einem nicht sehr attraktiven Stadtteil. Daran müssen wir alle ein Interesse haben, denn nur eine belebte Stadt ist auch eine sichere Stadt. Ein kleines Restaurant wie es im Projekt Doppelpunkt geplant ist, kann diese Belebung nicht bieten. Es ist klar, dass der PROGR zu dem geworden ist, was er heute ist, weil er ein Provisorium ist. Damit besteht eine gewisse Gefahr, dass das Provisorium mit der Institutionalisierung an Dynamik verliert. Das im Konzept der PROGR-Stiftung vorgesehene Rotationsprinzip vermag den Provisoriumscharakter jedoch ein Stückweit zu erhalten. Für die Künstlerinnen und Künstler ist klar, dass Stillstand Rückschritt ist und man darf ihnen wohl den Glauben schenken, dass sie darum bemüht sein werden, dass es im PROGR nicht zu einem Stillstand kommt.

Die SP/JUSO-Fraktion ist mit dem Vorgehen nicht glücklich. Wir haben immer Wettbewerbe mit einem festgelegten Verfahren gefordert. Es war nicht vorgesehen und keine ideale Vorgehensweise, dass plötzlich weitere Bewerber ins Boot gestiegen sind. Wenn der Souverän letztendlich die Entscheidung fällt, wird dieses Vorgehen wieder legitimiert. Die SP/JUSO-Fraktion spricht sich für eine Variantenabstimmung aus und würde in diesem Falle das Projekt der PROGR-Stiftung unterstützen. Die SP/JUSO-Fraktion wird zudem die Anträge Fraktionen GLP und FDP unterstützen. Wir freuen uns auf weitere, möglichst viele Jahre mit einem lebendigen Kulturzentrum in der Stadt. Damit haben wir anderen Metropolitanstädten wie Zürich und Basel einiges voraus, da wir eine kreative Stadt sein werden, um die uns viele beneiden werden. Die SP/JUSO-Fraktion stellt folgenden Antrag zu Seite 9 der Abstimmungsbotschaft: Der zweitletzte Punkt der Gegenüberstellung wird gestrichen. Der darauf folgende Text soll folgendermassen angepasst werden: „Das Projekt Doppelpunkt saniert und verbessert das Gebäude schneller und vollständig. Das Projekt Kulturzentrum saniert zu Beginn nur das Nötigste und renoviert etappenweise weiter.“ Es ist unrealistisch, dass bis 2011 24 Mio. Franken in einem denkmalgeschützten Gebäude in Bauarbeiten investiert werden sollen.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVPplus: PROGR ist eine Geschichte ohne Ende. Viele behaupten, es gehe um die Entscheidung zwischen Kultur oder Kommerz. Dem ist nicht so. Im vorliegenden Geschäft geht es einerseits um Kultur und andererseits um eine öffentliche Nutzung, bestehend aus Gesundheitsleistungen, Kultur und Bildung. Die Fraktion SVPplus möchte ihre negative Haltung zum PROGR nicht falsch verstanden wissen. Wir respektieren und anerkennen die Kunstproduktionen im PRGOR, welche eine hohe Qualität und Ausstrahlung haben. Wir anerkennen auch das Engagement aller daran beteiligten Personen. Wenn wir heute das Projekt des Vereins Zentrum für Kulturproduktion ablehnen, tun wir dies aus Gründen der Fairness und der Beachtung des Wettbewerbs. Das Vergabewesen der Stadt soll nicht zu einem Bazar werden und die Stadt soll eine verlässliche Partnerin sein und bleiben. Die Stadt soll zudem qualitativ und ökonomisch hoch stehende Angebote erhalten. Es wäre unvorstellbar, wenn bei Eidgenössischen Grossprojekten wie beispielsweise der NEAT jedes Mal, nachdem das Parlament aufgrund eines Wettbewerbs einen Auftrag vergeben hat, einem Quereinsteiger die Möglichkeit eingeräumt würde, nachträglich ein Angebot einzureichen. Wenn solche Vorgehensweisen Schule machen, würde die Lobby im Bundeshaus um hundert Prozent zunehmen und die Akquisition würde in Zukunft dort gemacht. Beim vorliegenden Geschäft würden mit einer Variantenabstimmung die Bestimmungen der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen verletzt. Der Gemeinderat hat dem Siegerprojekt gemäss jenen Bestimmungen in Form einer Verfügung den Zuschlag gegeben. In diesem Fall können der Stadtrat und die Stimmberechtigten als übergeordnetes Organ lediglich über den Vertragsabschluss mit Allreal befinden. In diesen Verträgen gibt es immer Vorbehalte. Diese wurden in der Vergangenheit jedoch noch nie dazu verwendet, um das Verfahren noch einmal zu eröffnen oder einem anderen Anbieter die Möglichkeit zu geben, quer einzusteigen. Mit dem vorgesehenen Variantenentscheid werden Gerechtigkeit, Anstand und Loyalität in höchstem Masse strapaziert. Allreal wurden Spielregeln vorgegeben, nach denen sich die Firma richten musste. Diese Spielregeln wurden jedoch später abgeändert. Der Erstanbieter und Wettbewerbssieger kann keine Nachbesserungen an seinem Projekt vornehmen, während der Zweitanbieter über den Stichtag vom 31. Dezember 2008 hinaus sein Angebot im Wochenrhythmus laufend verbessern kann. Aus planerischer Sicht gibt es zwischen den beiden Projekten zudem keine vergleichbare Basis. Im Wettbewerb wurde klar ein Nutzungsmix als Grundlage festgehalten. Mit dem Projekt der PROGR-Stiftung liegt allerdings ein Projekt vor, welches eine rein kulturelle Nutzung vorsieht. Wer heute Abend einen Variantenvorschlag unterstützt, muss sich gut überlegen, zu welcher Art von Menschen er oder sie gehören möchte.

Zum Vortrag Variantenabstimmung des Gemeinderats: An der Stadtratssitzung vom 6. November 2008 hat Giovanna Battagliero laut über die Möglichkeit einer Variantenabstimmung nachgedacht. Dem Sitzungsprotokoll ist allerdings zu entnehmen, dass keine Variantenabstimmung beschlossen wurde. Im Protokollbeschluss wird die Sache mit der Variantenabstimmung definiert unter Vorbehalt der Erfüllung der Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen hat die Verwaltung als nicht erfüllt taxiert. Der Gemeinderat schlägt nun trotzdem eine Variantenabstimmung vor. Zudem räumt der Gemeinderat im Vortrag selber ein, dass das Projekt der PROGR-Stiftung den Anforderungen nicht genüge. Der Gemeinderat schreibt im Vortrag auf Seite 6: „Allerdings unterstützt er nach wie vor nur die Variante mit der Abgabe an die Allreal Generalunternehmung AG. (...) Der Gemeinderat hat den entsprechenden Juryentscheid im April 2008 bestätigt und sieht auch nach Vorliegen der Offerte des Vereins keinen Anlass, von diesem Entscheid abzuweichen.“

Zum Finanzierungsnachweis: Der Offerte liegt eine Faxbestätigung bei. Erst später wurden Namen der Geldgeber bekannt gegeben, wobei kein Betrag einer bestimmten Person zugeordnet werden konnte. Dies ist weniger wichtig als die Tatsache, dass diese Liste bis heute

weder vollständig noch transparent ist. Bis vor kurzem war diese Liste zudem lediglich dem Stadtpräsidenten zugänglich. Zur funktionalen Qualität: Nebst den Forderungen der Denkmalpflege habe ich von der Gebäudeversicherung in einem Schreiben folgende Auskunft erhalten: „Zur Beurteilung standen uns nur Bestandespläne zur Verfügung. Veränderungen der Nutzungsbereiche sind nicht enthalten und bis heute nicht bekannt. Die definitiven Brandschutzaufgaben werden im Rahmen der Baubewilligung erstellt. Hier können je nach Projektstand Unterschiede entstehen.“ Zur Tragbarkeitsrechnung: Die Rechnung sieht ganz anders aus, wenn man die branchenüblichen Sätze einsetzt. Ich habe dies bereits in meinem Votum als Kommissionssprecher dargelegt. Die Exponentinnen und Exponenten des Vereins Künstlerinitiative Pro PROGR behaupten, dass sie das Gebäude sehr gut kennen und genau wissen, welcher Unterhalt anfällt. 0,36% des Gebäudeversicherungswertes sind jedoch nicht ausreichend.

Wir waren im Rat während sechs Jahren einstimmig für eine Zwischennutzung in der Liegenschaft ehemaliges Progymnasium, um das Gebäude in Zukunft einem anderen Projekt zu überlassen. Nun gilt dies nicht mehr. Allreal wird 24,5 Mio. Franken investieren. Wir haben kürzlich über Wirtschaftsförderungsmassnahmen in der heutigen wirtschaftlichen Situation gesprochen. Die Investition von Allreal ist namhaft. Die SVPplus-Fraktion beantragt dem Stadtrat, dem Antrag der Kommission FSU und der Fraktion SVPplus zu folgen.

Ich möchte mich abschliessend dafür entschuldigen, wenn mein emotionales Engagement manchmal etwas überbordert. Es ist allein aus Gründen der Gerechtigkeit geschehen.

Christine Michel (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion ist davon beeindruckt, dass es den PROGR-Künstlerinnen und -Künstlern gelungen ist, in so kurzer Zeit ein realistisches Kaufangebot zu unterbreiten sowie einen Finanzierungsnachweis von über 12 Mio. Franken zu erbringen. Wir begrüssen es sehr, dass es möglich wurde, dem Stadtrat und damit unter Umständen auch dem Stimmvolk eine Alternativabstimmung vorzulegen. Das Stimmvolk soll über die zukünftige Nutzung am alten Progymnasium mitentscheiden können. Es gilt zu entscheiden, ob man eine vorwiegend kommerzielle Nutzung möchte, wie das Projekt Doppelpunkt es vorsieht oder eine vorwiegend kulturelle Nutzung, mittels der das spannende Kulturexperiment des PORGRs, welches weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurde, weiterentwickelt werden kann. Mit ihrem Einsatz tragen die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler dazu bei, dass wir heute in der Stadt Bern eine kultur- und gesellschaftspolitische Diskussion führen. Die GB/JA!-Fraktion hat letztes Jahr den Rückweisungsantrag zum vorliegenden Geschäft gestellt. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler sollten damit die Chance erhalten, zu vergleichbaren Konditionen wie das Siegerprojekt Doppelpunkt der Stadt eine Offerte zu unterbreiten. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler hatten sich nach eigenen Aussagen am Wettbewerb nicht beteiligt, weil sie mit einer viel höheren Kaufsumme gerechnet hatten. Diese Begründung leuchtete uns ein, auch wenn wir eine Beteiligung am Wettbewerb bevorzugt hätten. Die GB/JA!-Fraktion hat sich in der Vergangenheit mehrmals für eine Weiterführung der kulturellen Nutzung in der heutigen Form im alten Progymnasium ausgesprochen. Leider wurde diese Forderung nicht als Bedingung in die Wettbewerbsausschreibung aufgenommen. Unser Herz schlägt für das Projekt des Vereins Künstlerinitiative Pro PROGR. Eine kulturelle und öffentliche Nutzung an diesem zentralen Standort entspricht unseren Vorstellungen von Stadtentwicklung. Die Mischung zwischen Veranstaltungsort mit der gut besuchten Turnhalle und einem Ort der Kulturproduktion scheint uns gelingen. Die Synergien, welche im Atelierhaus entstehen, die vorgesehene Rotation sowie die Zusammenarbeit mit den verschiedenen eingemieteten Kultureinrichtungen scheinen uns auch weiterhin viel versprechend. Zudem gibt es keinen alternativen Standort für dieses Atelierhaus. Gesundheitspraxen und Bildungsinstitutionen jedoch gibt es zwischen Bollwerk und Waisenhausplatz bereits viele. Bei einer Nutzung durch die Firma Allreal besteht zudem keine Garan-

tie dafür, dass das Gebäude öffentlich bleibt. Es ist durchaus denkbar, dass es zu einem späteren Zeitpunkt zum Verkauf sowie zu einer Veränderung der vorgesehenen Nutzung kommt, welche dem Stimmvolk nicht vorgelegt werden müsste. Eine vorwiegend kommerzielle Nutzung bedeutet die Privatisierung des Raums an einem zentralen städtischen Ort.

Es ist uns ein Anliegen, dass die nachhaltige Finanzierung von Betrieb und Unterhalt gesichert ist. Wir sind allerdings der Meinung, dass die notwendige Sanierung bei einem Atelierhaus, bei dem vieles unverändert bleibt, weniger teuer sein wird, als dies bei einer kommerziellen Nutzung des Gebäudes der Fall sein wird. Die Künstlerinnen und Künstler werden möglichst viel selber sanieren. Die Mietzinserhöhung von 30% erachten wir angesichts der derzeit sehr kostengünstigen Mieten als vertretbar. Da ein ausgewiesener Bedarf für Räumlichkeiten zur kulturellen Nutzung besteht, schätzen wir das Leerstandsrisiko als äusserst gering ein. Es ist unserer Ansicht nach möglich, dass es der Stiftung Pro PROGR gelingt, zu einem späteren Zeitpunkt noch mehr Geld aufzutreiben. Die grosse Unterstützung, welche das Projekt in letzter Zeit erfahren hat, legt diese Einschätzung nahe. Mit Sicherheit birgt ein Kunstbetrieb, der sich ohne staatliche Unterstützung finanzieren soll, ein finanzielles Risiko. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, dieses Risiko im Baurechtsvertrag abzusichern und unterstützen den Antrag der Kommission FSU, welcher eine Heimfallklausel vorsieht sowie die Bedingung einer teilweise öffentlichen Nutzung festschreibt. Wir unterstützen ebenfalls die Anträge der Fraktionen GLP und FDP. Wir sind jedoch gegen die Festlegung weiterer Einschränkungen wie beispielsweise die einer früheren Fertigstellung der Sanierung als im heutigen PORGR-Projekt vorgesehen. Es geht im Folgenden um einen Grundsatzentscheid zwischen dem Projekt Doppelpunkt und der Künstlerinitiative Pro PROGR. Beide Projekte sind in sich stimmig. Die GB/JA!-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats auf eine Alternativabstimmung. Auch aus demokratiepolitischen Gründen sollten dem Stimmvolk beide Projekte vorgelegt werden, denn das Stimmvolk soll in dieser wichtigen kultur- und gesellschaftspolitischen Frage das letzte Wort haben.

Michael Köppli für die Fraktion GLP: Die GLP-Fraktion hat sich in den vergangenen Wochen eingehend mit dem vorliegenden Geschäft befasst. Leider müssen wir heute feststellen, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine wirklich befriedigende Entscheidung zu finden. Wie auch immer wir uns heute entscheiden, wir werden die Verantwortlichen eines der beiden Projekte vor den Kopf stossen, ohne dass dies wirklich ihr Verschulden wäre. Dieser Umstand ist bedauerlich und auf Fehler im zurückliegenden Prozess zurückzuführen. Am Anfang stand ein von der Stadt ausgeschriebener Wettbewerb, welcher über den Verkauf sowie die künftige Nutzung des alten Progymnasiums hätte entscheiden sollen. Dieses Vorgehen ist grundsätzlich sinnvoll und üblich. Die konkrete Ausgestaltung des Wettbewerbs hingegen war weniger sinnvoll und üblich. Der Gemeinderat wollte mittels eines Wettbewerbs ein Gebäude verkaufen, wobei er weder die Nutzung näher bestimmte noch den Verkehrswert schätzen liess. Bezüglich des Verkehrswerts ist der Gemeinderat entsprechend im Dunkeln getappt. Entweder schätzt man bei einem solchen Wettbewerb den Verkehrswert und lanciert einen Wettbewerb über die Nutzung oder man gibt die Nutzung vor und veranstaltet einen Wettbewerb über den Preis. Beides in einem geht allerdings nicht. Im Dunkeln tappend hegten Gemeinderat und Liegenschaftsverwaltung offensichtlich Erwartungen bezüglich der Entwicklung von Verkaufspreis und Baurechtszins, welche weit über der Realität lagen. Diese Erwartungen hat man den heute im PROGR ansässigen Kulturschaffenden mitgeteilt, was jene bedauerlicherweise dazu bewogen hat, sich gar nicht erst am Wettbewerb zu beteiligen. Das böse Erwachen kam, als sich herausgestellt hat, dass die Preisvorstellungen weit über den eingereichten Angeboten lagen. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen bezüglich Nutzung und heimatschutzkonformer Sanierung kann kein so hoher Preis erreicht werden, wie ursprünglich erwartet. Der Wettbewerb wies zudem weitere formelle Mängel auf. So muss beispielsweise der Wettbe-

werbsgewinner den Baurechtszins erst ab Nutzungsbeginn entrichten. Ein solches Vorgehen ist unüblich und wird die Stadt viel Geld kosten. Gemeinderat und Liegenschaftsverwaltung wurden bereits im Verlauf des Wettbewerbs verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Kunst- und Kulturschaffenden, welche heute den PROGR zwischennutzen, bei der Suche nach Ersatzräumlichkeiten unterstützt werden sollten. Dies ist offenbar nicht im erforderlichen Rahmen geschehen und ist mit für die heutige Situation verantwortlich.

Im November 2008 hat der Stadtrat entschieden, der Künstlerinitiative Pro PROGR eine Frist zur Einreichung eines eigenen Projekts einzuräumen. Aus wettbewerbspolitischer Sicht gibt es durchaus Gründe, um diesen Entscheid als falsch zu beurteilen. Wir verstehen, dass die Verantwortlichen des Siegerprojekts mit der Situation nicht zufrieden sind und sich vor den Kopf gestossen fühlen. Es greift allerdings zu kurz, die Schuld primär beim Stadtrat zu suchen. Der Stadtrat steht nun vor der Aufgabe, das PROGR-Projekt zu prüfen. Wenn wir zum Schluss kommen, dass es den im November 2008 gestellten Anforderungen genügt, bleibt uns nichts anderes übrig, als einer Variantenabstimmung zuzustimmen. Ansonsten verliert der Stadtrat jegliche Glaubwürdigkeit.

Zu den Projekten: Das Projekt Doppelpunkt hat sich dem Wettbewerb gestellt und die aufgestellten Spielregeln beachtet. Es wurde eine seriöse Planungs- und Finanzierungsstrategie vorgelegt und man hat bereits eine stattliche Summe investiert. Obwohl das Projekt sich an die Wettbewerbsbedingungen gehalten hat, hegt die GLP-Fraktion Vorbehalte gegenüber dem Projekt Doppelpunkt. Der Kaufpreis scheint uns deutlich zu tief. Dies insbesondere deshalb, weil beim Projekt Doppelpunkt keine verbindliche Nutzung vorgesehen ist. Ab dem Zeitpunkt der Übertragung gehört das Baurecht den Investoren und die Liegenschaft kann bereits in wenigen Jahren verkauft werden, wobei die Nutzung völlig ungewiss wird. Auch die aktuell im Projekt Doppelpunkt vorgesehene Nutzung vermag uns allerdings nur bedingt zu überzeugen. Der Kulturteil bildet das Aushängeschild des Projekts. In den letzten Tagen haben sich jedoch die beiden Projekte im Kulturteil von Doppelpunkt hinter die Künstlerinitiative gestellt. Wir deuten dies als gewisses Misstrauensvotum gegenüber dem Projekt Doppelpunkt und es wirft die Frage auf, ob der vorgesehene Kulturteil überhaupt wie vorgesehen realisiert werden kann. Den Wettbewerbsgewinner trifft allerdings keine Schuld, denn er hat sich an die Spielregeln gehalten. Wir sind vielmehr mit den Wettbewerbsbedingungen und dem daraus folgenden Projekt nicht glücklich.

Das nachträglich eingereichte Projekt der Künstlerinitiative Pro PROGR sieht weitgehend dieselbe Nutzung vor wie heute. Der PROGR hat sich innert wenigen Jahren zu einem Kulturort mit überregionaler Ausstrahlungskraft entwickelt. Andere Kulturinstitutionen in der Stadt Bern, welche teilweise deutlich höhere Budgets aufweisen und durch städtische Subventionen unterstützt werden, können von einer solchen Ausstrahlungskraft nur träumen. Die Achillesferse des Projekts liegt nicht bei der Nutzung, sondern bei der Finanzierung. Das PROGR-Projekt steht finanziell nicht so solide da wie das Projekt Doppelpunkt. In den vergangenen Tagen haben die Initiantinnen und Initianten allerdings viel dazu beigetragen, den Forderungen bezüglich Sicherheit und Transparenz der Finanzierung nachzukommen. So werden 640 000 Franken als Sicherheit für die Stadt auf ein Sperrkonto hinterlegt. Ein Grossteil der Darlehensgeber haben zudem ihre Namen öffentlich bekannt gemacht. Dies macht die Finanzierung wesentlich transparenter und glaubwürdiger. Wir empfinden auch die Ankündigung, den Stiftungsrat nicht nur mit Kulturschaffenden, sondern auch mit Expertinnen und Experten aus anderen Kompetenzbereichen auszustatten, als zwingend notwendig. Gerade bei diesem Punkt nehmen wir die Verantwortlichen der Künstlerinitiative beim Wort. Wir haben zusammen mit der Fraktion FDP drei weitere Anträge eingereicht. Ebenso wie die Kommission FSU fordern wir eine Heimfallklausel, wobei wir bereits heute festlegen möchten, wie diese auszugesaltet ist. Damit wird festgelegt, wie der Preis entstehen muss und in welchen konkreten Momenten die Heimfallklausel zum Tragen kommt. Wir bitten den Rat dem Antrag Fraktionen

FDP und GLP gegenüber dem Antrag Kommission FSU den Vorzug zu geben. Im Baurechtsvertrag muss ein Vorkaufsrecht für die Stadt festgesetzt werden, um zu verhindern, dass das alte Progymnasium zu einem Spekulationsobjekt verkommt. Wir möchten das Baurecht nicht wie geplant für 80 Jahre, sondern lediglich für 30 Jahre abgeben. Der PROGR ist ein kreatives Projekt mit grosser Ausstrahlungskraft. Da wir nicht wissen, ob dies in 30 Jahren immer noch der Fall sein wird, möchten wir, dass die Stadt in 30 Jahren die Möglichkeit hat, die Situation neu zu beurteilen. Wir beantragen zudem, dass über den Antrag Fraktionen FDP und GLP vor dem Entscheid über die Variantenabstimmung befunden wird. Die GLP-Fraktion unterstützt unter diesen Bedingungen eine Variantenabstimmung. Obwohl nicht alle Zweifel restlos ausgeräumt werden konnten, wird die GLP dem PROGR-Projekt unter Berücksichtigung der hoffentlich heute beschlossenen Auflagen zustimmen. Wir hoffen, dass der bemerkenswerte Effort der Künstlerinitiative auch in den kommenden Jahren anhalten wird. Beim Projekt Doppelpunkt wird es in der GLP-Fraktion zu einzelnen Enthaltungen kommen, weil wir gewisse Ängste haben. Bei diesem tiefen Kaufpreis bräuchte es unseres Erachtens mehr Sicherheit wie eine Heimfallklausel, ein Vorkaufsrecht oder mehr Auflagen bezüglich der Nutzung. Leider können nachträglich keine Auflagen mehr in den Vertrag eingefügt werden. Bei einem Stichentscheid wird die GLP-Fraktion das Projekt der Künstlerinitiative unterstützen.

Dolores Dana für die Fraktion FDP: Der Umstand, dass wir heute wieder über das vorliegende Geschäft diskutieren, hat mit dem unsäglichen und folgenschweren Entscheid zu tun, welchen der Stadtrat am 6. November 2008 aufgrund einiger Briefchen aus dem hohlen Bauch heraus gefällt hat. Dieser Entscheid hat es den PROGR-Künstlerinnen und -Künstlern ermöglicht, bis Ende Dezember 2008 eine Offerte einzureichen. Die Ratsmehrheit hat diesen Entscheid vermutlich aus wahltaktischen Gründen gefällt. Interessanterweise hat dieser Entscheid jedoch keiner der angestammten Parteien etwas gebracht. Mit diesem Entscheid ist zudem absehbar, dass zukünftige Wettbewerbe in Frage gestellt werden und zu einer Farce verkommen. Es stellt sich die berechnete Frage, warum die Stadt Bern überhaupt Wettbewerbe durchführt und wo die Wettbewerbssicherheit liegt? Es gilt nun, aus dem Entscheid vom 6. November 2008 das Beste zu machen. In der Zwischenzeit haben die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler entsprechende Papiere eingereicht, Gelder gesammelt, Banken überzeugt und Fraktionen besucht. Jede Woche werden wir mit neuen Tatsachen und Papieren bedient. Heute liegt entsprechend ein Projekt auf dem Tisch, welches sich sehen lässt. Es erinnert im Ausbau an die Hochschule der Künste und kann den beabsichtigten Zweck erfüllen. Bezüglich der Betriebskosten haben wir allerdings unsere Zweifel.

Der Stadtpräsident amtierte als Jurypräsident und argumentiert im Zusammenhang mit den beiden Projekten sehr kontrovers und wenig überzeugend. Wenn der Stadtpräsident über das Projekt Doppelpunkt spricht, erwähnt er im Nebensatz, dass dessen Realisierung noch nicht so sicher sei und er den seitens der PROGR-Künstlerinnen und Künstler geleisteten Effort anerkennen müsse. Der Stadtpräsident hat das Projekt von Allreal zum Sieger erkoren, scheint allerdings nun wenig davon begeistert zu sein. Der Gemeinderat und seine Kommunikation sind in letzter Zeit allerdings ohnehin ein Kapitel für sich. Der Wettbewerb ist nicht optimal abgelaufen, da die Erwartungen vermutlich zu hoch gesteckt waren. Die Lektüre der Wettbewerbsunterlagen lässt das Gefühl aufkommen, man habe ein Projekt anvisiert, welches von Beginn weg einen Kompromiss darstellt.

Das Geschäft ist ein Murks. Es zeigt sich einmal mehr, dass jede Zwischennutzung, welche der Gemeinderat anreißt, sich zu einem Alptraum entwickelt, den der Stadtrat ausbaden muss. Angesichts dieser Situation hat die Fraktion FDP das Geschäft sehr intensiv behandelt. Wir haben Anfragen gestartet sowie Verhandlungen und Diskussionen geführt. Folgende Gründe sprechen dafür, dem Volk lediglich das Projekt Doppelpunkt zu unterbreiten: Das Projekt Doppelpunkt ist das Siegerprojekt und hat von allen eingereichten Projekten die Wettbe-

werkskriterien am besten erfüllt. Das Projekt investiert rund 20 Mio. Franken in die Berner Wirtschaft. Es ist uns jedoch eminent wichtig, dass in der Stadt Bern eine Wettbewerbssicherheit besteht. Die heutige Situation ist das Resultat eines Prozesses, der nicht fair abgelaufen ist. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler haben von der Arbeit der Allreal profitiert. Ein Investor muss sich bei einem Wettbewerb darauf verlassen können, dass für alle die gleichen Bedingungen gelten. Im vorliegenden Fall wurde der Fächer nach dem Wettbewerb nochmals geöffnet und die Spielregeln geändert. Dies wird nicht unbedingt positive Signalwirkungen für andere Investoren haben. Das Projekt Doppelpunkt genießt in der Fraktion FDP allerdings nicht vorbehaltlose Sympathien. Entsprechend den Wettbewerbsvorgaben handelt es sich um ein Kompromissprojekt. Wir wissen nicht, ob die geplante Nutzung Bestand haben wird und zumindest das Erdgeschoss für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben wird. Allreal kann das Gebäude verkaufen. Ein Baurecht scheint wohl eher uninteressant zu sein.

Folgende Gründe sprechen dafür, dem Volk eine Variantenabstimmung vorzulegen: Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler haben in kürzester Zeit ein sinnvolles und funktionales Projekt sowie eine Finanzierung präsentiert. Das Projekt ist aufgrund einer Eigeninitiative zustande gekommen, vermochte private Investoren zu mobilisieren und wird die öffentliche Hand scheinbar nicht belasten. Vor unserem freisinnigen Hintergrund erscheint uns dieses Projekt entsprechend unterstützenswert. Bei einer Variantenabstimmung entscheidet das Volk. Das ist Wettbewerb. Der Verein Pro PROGR ist bereit, Konzessionen einzugehen, welche seinem Projekt entsprechen. Diese Konzessionen sind im Antrag Fraktionen GLP und FDP festgehalten. Die Fraktion FDP befürchtet, dass bei einem Einerentscheid über das Projekt Doppelpunkt die PROGR-Leute einen so grossen Aktivismus an den Tag legen werden, dass das Projekt Doppelpunkt beim Stimmvolk scheitert. Dies würde dazu führen, dass die Stadt eine Planungsleiche mehr hat und sich die Zwischennutzung bis zum St. Nimmerleinstag verlängert. Falls das Stimmvolk dem PROGR-Projekt den Vorzug gibt, kommt es zumindest zu einer klaren Nutzung und nicht zu einer Zwischennutzung.

Die Fraktion FDP hegt allerdings auch gegenüber dem PROGR-Projekt gewisse Vorbehalte. Die PROGR-Leute waren einfach zu spät. Die Entschuldigung, der Gemeinderat habe andere Vorstellungen betreffend Baurechtszins gehabt, scheint uns fadenscheinig. Wir haben klare Vorbehalte bei den Betriebskosten sowie bei der Haustechnik. Auch die Energievorgaben scheinen uns defizitär. Wir sind klar der Meinung, dass die Stadt keinen weiteren subventionierten Betrieb mehr tragen kann. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler werden heute vermutlich von der Politik eine einmalige Chance erhalten, die nicht missbraucht werden darf. Wir nehmen den Verein beim Wort, dass auch ausgewiesene Expertinnen und Experten Einsitz in den Stiftungsrat bekommen und zwar nicht nur solche, welche dem Verein der Gesinnung nach genehm sind. Die Fraktion FDP befindet sich in einem echten Dilemma. In formeller Hinsicht möchten wir die Wettbewerbssicherheit nicht aufs Spiel setzen. In materieller Hinsicht haben wir bei beiden Projekten inhaltliche Vorbehalte. Ein Teil von uns hegt allerdings zu Recht die Befürchtung, dass ein Einerentscheid dazu führen könnte, dass die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler ebenso wie Rot-Grün das Projekt Doppelpunkt an der Urne scheitern lassen werden und in der Folge mit einer Zwischennutzung für die nächsten paar Jahre zu rechnen ist. Angesichts dieses Dilemmas hat die Fraktion FDP bezüglich der Frage nach einer Variantenabstimmung Stimmfreigabe beschlossen. Bei der Stichfrage wird der Grossteil der Fraktion FDP für die Variante Doppelpunkt stimmen, denn das Wettbewerbsresultat muss respektiert werden. Wettbewerbssicherheit ist elementar für eine seriöse Stadt, welche Investitionen anstrebt. Wenn die Stadt die Wettbewerbssicherheit nicht gewährleisten kann, ist sie für keinen Investor, keine Planerin und keinen Architekten eine vertrauenswürdige Partnerin.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Beim vorliegenden Geschäft gibt es in der Fraktion GFL/EVP einen Mehrheits- und einen Minderheitsstandpunkt. Die GFL/EVP-

Fraktion ist sich einig, dass im Geschäft etliche gravierende Fehler gemacht wurden. Der Gemeinderat hat den Wettbewerb sowie die Wettbewerbsbedingungen beschlossen. Damit wurde die strategische Ausrichtung des Geschäfts festgelegt und der Stadtrat hätte den Wettbewerbssieger lediglich noch absegnen können. Nachträglich erachten wir dieses Vorgehen als falsch. Der Stadtrat ist für strategische Entscheide zuständig und muss bei solchen Entscheiden einbezogen werden. Nachdem der Wettbewerb abgeschlossen war, war lediglich wenig über das Siegerprojekt zu hören. Über Monate hinweg ist das Projekt Doppelpunkt als Gesundheitszentrum durch die Medien gegeistert. Der Gemeinderat hätte aktiver kommunizieren müssen, warum das Projekt Doppelpunkt gewonnen hat. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat wirklich hinter dem Wettbewerbsgewinner steht oder ob es für ihn auch eher ein Faute-de-mieux-Projekt ist. Aber auch der Stadtrat ist an der Situation nicht ganz unschuldig. Im November 2008 haben wir vor lauter Wahlkampffieber einen Entscheid gefällt, den wir heute bedauern und dessen Folgen wir noch nicht abschätzen können.

Zu unseren Standpunkten: Eine Mehrheit der Fraktion GFL/EVP wird gegen eine Variantenabstimmung und damit für das Projekt Doppelpunkt stimmen. Eine Minderheit wird sich für die Variantenabstimmung aussprechen. Zu den Argumenten der Fraktionsmehrheit: Am zentralen Standort des ehemaligen Progymnasiums braucht es eine Nutzung, von der ein breites Publikum profitieren kann. Das Projekt Doppelpunkt erfüllt diese Anforderung mit seinem bereit gefächerten Nutzungsmix. Wir begrüßen es, dass ein Teil des Gebäudes weiterhin für Bildung genutzt werden soll. Das Gebäude war ursprünglich als Bildungsstätte konzipiert. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler wollen eine Produktionsstätte für Kunst realisieren. Eine solche Nutzung scheint uns auf längerfristige Sicht an diesem Standort deplatziert zu sein. Eine Produktionsstätte könnte genauso gut in einem Quartier beheimatet sein und dieses aufwerten. Das Projekt Doppelpunkt wirkt im Gegensatz zum Künstlerprojekt finanziell sehr solide. Die Mietverträge wurden inklusive Ausbau bereits ausgehandelt, für Verwaltung und Gebäudereinigung wurde ein realistischer Anteil gerechnet und das Verhältnis zwischen Baurechtszins und Mietzinseinnahmen ist gut. Der Betrieb des PROGR-Projekts steht auf wackligen Füßen. Entscheidet sich das Stimmvolk für das PROGR-Projekt, wird es für die Stadt kaum möglich sein, diesem später einfach den Atem ausgehen zu lassen. Irgendwann wird sich die Stadt erweichen lassen und finanzielle Zuschüsse zahlen. Es ist schade, dass die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler auf ihre Maximalforderungen bestehen und den ganzen PROGR möchten. Die Situation hätte etwas entschärft werden können, wenn sich die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler das Gebäude mit einem finanzkräftigen Partner geteilt hätten. Das Projekt Doppelpunkt bietet die Garantie, dass die gesetzlichen Auflagen bezüglich Brandschutz, Erdbebensicherheit, Parkplatzersatzabgaben im Gastorbereich sowie bezüglich Denkmalschutz und Wärmedämmung erfüllt werden. Ein aus unserer Sicht korrekt abgelaufener Wettbewerb wurde nachträglich ausgehebelt. Damit wird die Glaubwürdigkeit der Stadt bei der Durchführung weiterer Wettbewerbe untergraben. Abgesehen davon steht eine Schadensersatzklage der Doppelpunkt-Investoren im Raum, falls das PROGR-Projekt die Abstimmung gewinnt, wobei sich Juristinnen und Juristen nicht einig sind, ob die Klage durchkommen wird.

Zu den Argumenten der Fraktionsminderheit: Beide Projekte haben Stärken und Schwächen. Auch das Projekt Doppelpunkt vermag nicht restlos zu befriedigen. Es ist insbesondere fraglich, ob es den Gesundheitsteil angesichts der hohen Ärzte- und Apothekendichte in der Umgebung überhaupt braucht. Zudem bergen beide Projekte Unsicherheiten. Die Investoren von Doppelpunkt haben freie Hand, um den PROGR zu einem späteren Zeitpunkt zu verkaufen oder anderweitig zu vermieten und wir haben keine Kontrolle darüber, was längerfristig mit dem PROGR passiert. Dafür ist beim PROGR-Projekt die langfristige Finanzierung ungesichert. Da die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler erst nach Abschluss des Wettbewerbs

festgestellt haben, dass sie unter Umständen finanziell doch mithalten können, erfolgte die Einreichung ihres Projekts erst nachträglich. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler bieten gewisse finanzielle Sicherheiten und betonen, dass sie von der Stadt keine Subventionen beanspruchen möchten. Sie sind zudem dazu bereit, eine Mitzinskaution für zwei Jahre in der Höhe von 640 000 Franken zu hinterlegen. Auch mit einer Heimfallklausel zeigen sie sich einverstanden.

Fazit: Die GFL/EVP-Fraktion ist bezüglich PROGR geteilter Meinung, was teilweise damit zusammenhängt, dass beim Geschäft einige Unklarheiten bestehen und im Vorfeld einiges schief gelaufen ist.

Einzelvoten

Claudia Meier (BDP): Die BDP lehnt den Antrag des Gemeinderats, dem Volk eine Variantenabstimmung vorzulegen, grossmehrheitlich ab. Es geht uns beim vorliegenden Geschäft nicht um die Frage pro oder contra Kultur. Wir begrüssen die Kulturvielfalt in der Stadt Bern und verkennen die Initiative und Anstrengungen der PROGR-Künstlerinnen und -Künstler keineswegs. Wir unterstützen die Ausführungen des Kommissionssprechers Peter Bernasconi. Das PROGR-Projekt lässt beim Finanzierungsnachweis nach wie vor einige Fragen offen. Das PROGR-Projekt erfüllt die Wettbewerbskriterien nicht. Die vorgesehene Sanierung stellt eine absolute Minimalvariante dar, welche gemäss Beurteilung des Denkmalpflegers nicht ausreichend ist. Es wird ein aufgestauter Unterhalt verbleiben und das Gebäude steht in einem wachsenden Schaden. Das Projekt vermag zudem der geforderten Nutzungsmischung nicht zu genügen. Die Wirtschaftlichkeit ist ebenfalls nicht gegeben. Der Baurechtszins beträgt 34% der Mieteinnahmen und kann bei einer rein kulturellen Nutzung kaum erwirtschaftet werden. Entsprechend droht bereits nach kurzer Zeit ein negatives Betriebsergebnis. Kapitalkosten sowie Unterhalts- und Rückstellungskosten sind ebenfalls zu tief kalkuliert. Aus unserer Sicht vermag das PROGR-Projekt insgesamt die Vorgaben des Stadtrats nicht zu erfüllen, weshalb wir einer Variantenabstimmung nicht zustimmen können. Die grösste Sorge bereitet uns die Tatsache, dass die Finanzierung des Betriebs längerfristig nicht sichergestellt ist. Die Stadt kann keinen weiteren subventionierten Betrieb übernehmen. Genau dazu droht es jedoch zu kommen. Die Erfahrung zeigt, dass es für die Stadt sehr schwierig werden wird, sich den Subventionsforderungen zu entziehen. Das Projekt Doppelpunkt hat in einem offenen Wettbewerb gewonnen. Wenn man das Resultat eines Wettbewerbs nicht mehr respektiert, müssen auch keine mehr durchgeführt werden. Wir erachten deshalb das Vorgehen des Stadtrats als heikel und unfair. Wir befürchten, dass hier ein Präjudiz geschaffen wird. Ich bin persönlich der Meinung, dass wir dem Stimmvolk keine Variante vorlegen können, die nicht hieb- und stichfest ist.

Edith Leibundgut (CVP): Beim vorliegenden Geschäft treten BDP und CVP nicht als Fraktion auf, da sich die CVP eine eigene Meinung vorbehält. Das Stimmvolk steht für uns an oberster Stelle. Gemäss SIA hat die Jury bei Wettbewerben lediglich eine empfehlende Wirkung. Der Entscheid für solch grosse Vorhaben liegt letztendlich beim Besitzer. Entsprechend wird im vorliegenden Fall das Stimmvolk über das Vorhaben entscheiden. Stadtpräsident Alexander Tschäppät hat im vergangenen Jahr bei der schwierigen und intensiven Stadtratsdebatte zum PROGR öffentlich darauf hingewiesen, dass Allreal über diese Tatsache informiert wurde. Die CVP hat dem PROGR in der vergangenen Legislatur eine Chance eingeräumt, weil die Gestaltung der Stadt letztendlich beim Stimmvolk liegt. Wir sprechen uns deshalb heute klar für eine Variantenabstimmung aus. Allreal hat bekannt gegeben, dass sie bereits eine Million Franken in die Planung des Projekts Doppelpunkt investiert hat. Dies entspricht 5000 Stunden

à 200 Franken. Diese Summe erscheint unglaublich hoch. Wer kann so viel Geld in einen Wettbewerb investieren? Da ein kleiner Anbieter hier niemals mithalten kann, hat der Stadtrat dem PROGR im vergangenen Jahr eine zusätzliche Chance gegeben. Der PROGR erhielt eine Chance, weil er tatsächlich gut funktioniert und gezeigt hat, dass hoch stehende alternative Kultur in unserer Stadt auch ohne Krawalle möglich ist. Der PROGR vermochte zudem die Auflagen der Stadt in der Zwischenzeit zu erfüllen. Es mag stimmen, dass das PROGR-Projekt einfachere Voraussetzungen hatte als Allreal. Es gilt jedoch zu bedenken, dass Allreal auch finanziell ganz andere Voraussetzungen hatte, um am Wettbewerb teilzunehmen als jeder andere Anbieter. Entsprechend kann noch lange über Gerechtigkeit gestritten werden. Die Stadt hat als Auflage festgelegt, dass die Anbieter einen Finanzierungsnachweis in der Höhe von 10 Mio. Franken zu erbringen haben. Der PROGR weist nun einen Finanzierungsnachweis in der Höhe von 12,5 Mio. Franken sowie eine zusätzliche Garantie von zwei Jahresmieten von 640 000 Franken nach. Damit liegen total 14 Mio. Franken vor. Aus Sicht der CVP sind die Rahmenbedingungen für eine Variantenabstimmung entsprechend erfüllt, auch wenn wir noch keine konkrete Stellung zum einen oder anderen Projekt beziehen.

Rolf Zbinden (PdA): Seit einem halben Jahrzehnt schreibt der PROGR als Kulturzentrum eine Erfolgsgeschichte, welche weit über die Stadt Bern hinausstrahlt. Alle Beteiligten können stolz darauf sein. Die PdA Bern erwartet vom Stadtrat auch etwas Dankbarkeit dafür. Es grenzt an eine Wunder, dass sich nach jahrelangem Hin und Her um Prestigeobjekte nun mit dem PROGR-Projekt kein ambitionierter Amateur im Garten der Kunst ein Denkmal zu setzen versucht und obendrein seine Bedingungen diktiert. Wenn wir auf kulturelle und künstlerische Kompetenz sowie einen eindeutigen Leistungsnachweis setzen wollen, sind wir mit der Künstlerinitiative Pro PROGR gut bedient. Wir sind mit dem Provisorium gut gefahren. Ein Prozess der Entschleunigung hat Raum geschaffen für kreative Impulse und Entwicklungen. Die PdA Bern hätte gut mit einer Verlängerung des Provisoriums leben können. Lebendige Kultur braucht einen Raum, der nicht durchdefiniert ist, weil sie Umgestaltung und Umnutzung liebt. Lebendige Kultur entfaltet sich eben auch in Provisorien. Es ist wichtig, denjenigen Weg zu wählen, der uns davor bewahrt, dass ein weiterer Teil der Berner Innenstadt nach Geschäftsschluss in kultureller Tristesse versinkt. Wir sollten derjenigen Variante eine Chance geben, welche auf jenen Erfahrungen aufbauen kann, welche während den letzten fünf Jahren überprüft werden konnten. Wir sollten so selbstbewusst sein, diesen Trumpf in der Hand zu behalten, um den uns andere Städte beneiden. Dennoch dürfen wir uns keine Illusionen machen. Es wird mit ungleichen Mitteln gekämpft. Gegen das PROGR-Projekt hegt man einen Generalverdacht, der im Zusammenhang mit teuren Prestigeprojekten allerdings vermisst wurde. Im Bericht der Liegenschaftsverwaltung werden Massstäbe zur Anwendung gebracht, welche nicht bei den Chancen, sondern bei möglichen Problemen ansetzen. Eine solche Argumentation tötet jede Form sozialer Phantasie und Kreativität ab. Wenn man in dieser Weise mit kulturellem Kapital umgeht, wird man sich letztendlich nicht nur als kultureller Banause, sondern auch als kleinlicher Krämer lächerliche machen. Wir alle müssten dafür bezahlen. Wir schätzen eine Stadt, welche nicht nur als Erbe überlebt, sondern lebt. Nutzen wir die Chance mit Pro PROGR.

Bernhard Eicher (JF): Die Jungfreisinnigen werden das Siegerprojekt des Wettbewerbs unterstützen. Selbstverständlich freuen auch wir uns über gesellige Anlässe, rauschende Parties sowie über originelle Kulturveranstaltungen und -aktivitäten. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, dass wir auch eine finanzielle Verantwortung gegenüber der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern wahrnehmen müssen. Der Gemeinderat schlägt uns zwei völlig verschiedene Varianten vor. Beim Projekt Doppelpunkt wissen wir, dass die Stadt die Liegenschaft verkaufen kann und dass das Projekt eine gute Mischnutzung aus Kultur, Bildung und Gesundheits-

wesen aufweist. Die Stadt kann sich entspannt zurücklehnen und jährlich 320 000 Franken Baurechtszins kassieren. Beim PROGR-Projekt kann die Stadt Bern das Gebäude ebenfalls verkaufen. Das PROGR-Projekt sieht eine relativ einseitige Nutzung mit dem Schwerpunkt Kultur vor. Beim PROGR-Projekt müssen wir davon ausgehen, dass wir in ein paar Jahren städtische Subventionen sprechen müssen. Die Betriebsrechnung zeigt, dass die eingerechneten Abschreibungen und Zinskosten eindeutig zu tief sind. Auch die Stadtverwaltung kommt mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten zu diesem Schluss. Bereits heute ist klar, dass wir uns in zwei oder drei Jahren entscheiden müssen, ob wir diesem Kulturprojekt städtische Subventionen gewähren wollen. Zur Heimfallklausel: Mit der Heimfallklausel wird die Stadt das Gebäude nicht gratis zurückerhalten, sondern es wird eine Heimfallentschädigung zu entrichten sein, welche sich einigermaßen am Marktwert des Gebäudes orientieren wird. Bei einer Investition von 12 Mio. Franken und einem Kaufpreis von 2,5 Mio. Franken ergibt dies einen Marktwert von 14 bis 15 Mio. Franken. Die Heimfallentschädigung wird nicht weniger 10 Mio. Franken betragen. Ich wäre froh, wenn all jene, welche sich für das PROGR-Projekt stark machen, in zwei bis drei Jahren die Verantwortung dafür tragen, dass die Stadt einen weiteren Subventionsbetrieb geschaffen hat und auch erklären, woher die Stadt das benötigte Geld nehmen soll. Wir möchten verhindern, dass sich durch die Hintertüre ein weiterer subventionierter Betrieb einschleicht. Wenn man eine faire Abstimmung führen möchte, müsste man die Bevölkerung eigentlich vor die Frage stellen, ob es einen Betrieb möchte, den man in die Selbständigkeit entlassen kann oder einen Betrieb, der früher oder später von städtischer Unterstützung abhängig sein wird.

Die Künstlerinnen und Künstler vertreten ein sympathisches Projekt, welches von Initiative, Dynamik und Kreativität strotzt. Wir haben auch grosse Achtung vor dem, was die Künstlerinnen und Künstler in den vergangenen Wochen geleistet haben. Dennoch müssen wir ehrlich sagen, dass das PROGR-Projekt für diesen Standort zu teuer ist. Das Projekt wird verteuert aufgrund des zentralen Standorts sowie aufgrund der Tatsache, dass das Gebäude unter Denkmalschutz steht. Aus diesen Gründen unterstützen wir das Projekt Doppelpunkt.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Ich möchte im Folgenden einige rechtliche Gedanken zu den aufgeworfenen Fragen äussern. Hier bahnt sich ein parlamentarischer Super-GAU an. Wenn wir eine Variantenabstimmung vor das Stimmvolk bringen, stellt dies eine bewusste Demontage des Rechts und der Rechtssicherheit dar. Die Situation der Allreal ist etwa vergleichbar mit der Situation, dass jemand einen Sechser im Lotto macht und die Lottogesellschaft ihm bei der Gewinnanforderung mitteilt, es habe noch jemand nachträglich den ausgefüllten Lottozettel vorbeigebracht und der Gewinn halbiere sich deshalb. Jener habe glaubwürdig erklärt, er habe die Annahmefrist verpasst und die Lottogesellschaft sei der Ansicht, auch jener habe den Gewinn nötig. Allreal hat an einem Wettbewerb teilgenommen und ist davon ausgegangen, dass die öffentliche Hand, welche den Wettbewerb ausgeschrieben hat, die Rechtssicherheit als grosses Gut berücksichtigt. Wir haben die Rechtssicherheit im Verlaufe von 1000 Jahren errungen gegen Willkür. Zur Rechtssicherheit gehört allerdings nicht nur der Grundsatz, dass Recht eingehalten wird, sondern auch, dass man nach Treu und Glauben arbeitet. Die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbs steht ausschliesslich und in hohem Masse unter dem Prinzip von Treu und Glauben. Als Stadtrat darf man nicht gegen den Gewinner antreten, es sei denn, man akzeptiert Willkür, Rechtsunsicherheit und Rechtsbruch. Als Ausschreiber eines öffentlichen Wettbewerbs haben wir alles dafür zu tun, dass der Gewinner sein Projekt in jenem Verfahren vorstellen und zum Erfolg bringen kann, welches ihm im Wettbewerb zugesagt wurde. Damit muss der Gewinner sein Projekt ohne die Konkurrenz eines nachträglich eingereichten Projekts dem Stimmvolk in einer fairen Abstimmung vorlegen können. Es geht hier nicht um die Frage, welches der beiden Projekte besser ist, sondern darum, dass der Wettbewerbsgewinner sein Projekt ohne Konkurrenz vor das Stimmvolk brin-

gen kann. Er soll die Vorteile und Nachteile in einem fairen politischen Verfahren geltend machen dürfen und entsprechend Chancen auf einen Abstimmungssieg haben. Wenn wir dem Volk jedoch eine Variantenabstimmung vorlegen, erhält der Wettbewerbsgewinner diese Chance nicht und die Ausgangssituation verändert sich entscheidend. Wenn das Projekt Doppelpunkt an der Urne verworfen wird und wir eine Planungsleiche zu verzeichnen haben, ist das nicht so schlimm. Ein Einervorschlag ist der einzige Weg, um Rechtssicherheit zu gewährleisten. Allreal muss die Chance erhalten, das Projekt Doppelpunkt in einem Einervorschlag vors Volk zu bringen. Wenn das Projekt beim Stimmvolk durchfällt, kann der PROGR wieder auf den Plan treten. Jedes andere Vorgehen wäre ein rechtlicher und politischer Skandal.

Luzius Theiler (GPB): Die GPB hat sich darüber gefreut, dass die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler letzten November die Initiative ergriffen und ein Projekt erarbeitet haben, welches nun zu einem Angebot ausgereift ist. Damit vermochten sie eine unglückliche Entwicklung zu korrigieren. Der Projektierungskredit hätte eigentlich vor den Stadtrat kommen müssen, denn gemäss Gemeindeordnung fallen Projektierungskredite über 150 000 Franken in die Entscheidungskompetenz des Stadtrats. Damit hätte man die Chance gehabt, im Rat über die Wettbewerbsvorgaben und die Prioritätensetzung zu diskutieren. Man hätte sich überlegen können, ob es für Bern nicht attraktiv wäre, am Standort des ehemaligen Progymnasiums etwas Dauerhaftes zu realisieren, welches einzigartig ist und über die Landesgrenzen hinaus ausstrahlt. Der Gemeinderat hat es dem Stadtrat verunmöglicht, zu einem früheren Zeitpunkt über das Projekt zu diskutieren. Bis auf eine oder zwei Ausnahmen wurde die Arbeit der PROGR-Künstlerinnen und -Künstler inhaltlich nie angegriffen. Man hat juristische Gründe angeführt, um zu verhindern, dass das PROGR-Projekt gleichwertig präsentiert werden kann. In der Stadtratssitzung vom 6. November 2008 wurde behauptet, eine gleichwertige Präsentation sei wegen der SIA-Bestimmung 142 nicht möglich. Diese Behauptung ist grundfalsch, denn der Wettbewerb war nicht als SIA-Wettbewerb ausgeschrieben, sondern als Investorenwettbewerb. Entsprechend versuchte man mit dem Konkordat über das öffentliche Beschaffungswesen, einen neuen Sachzwang aufzustellen. Diese Behauptung ist ebenfalls haltlos. Ich zitiere aus den Wettbewerbsunterlagen: „Der Investorenwettbewerb wird offen ausgeschrieben. Das öffentliche Beschaffungsrecht des Kantons Bern (ÖBG) und der Stadt Bern kommt nicht zur Anwendung, da die Stadt ein Baurecht abgibt. (...) Da die Ausschreibung nicht dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterliegt, können keine Rechtsmittel nach dem Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen ergriffen werden.“ Damit wurde allen Wettbewerbsteilnehmenden aufgezeigt, dass es sich nicht um einen gewöhnlichen Wettbewerb handelt und ein gewisses Risiko besteht, dass die Politik nachträglich eine andere Entscheidung fällt. Der Antrag der Fraktionen GLP und FDP ist interessant und vertretbar. Mich stört allerdings die Klammer, welche die drei genannten Eckpunkte nur in den Baurechtsvertrag mit der Künstlerinitiative Pro PROGR aufnehmen möchte. Es ist sehr unfair, das PROGR-Projekt in dieser Weise als unsicher zu qualifizieren, während man das Projekt Doppelpunkt von vornherein als sicher einschätzt.

Erich J. Hess (JSVP): Ich möchte den **Ordnungsantrag** stellen, **die Sitzung um 19.00 Uhr zu unterbrechen und die Debatte in der Abendsitzung um 20.30 Uhr weiterzuführen**. Wir werden mindestens noch 45 Minuten für die Beratung des vorliegenden Geschäfts benötigen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag Hess zu (40 Ja, 20 Nein, 6 Enthaltungen).

Erich J. Hess (JSVP): Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler wussten von Anfang an, dass es sich in der Liegenschaft des ehemaligen Progymnasiums um eine Zwischennutzung handelte. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler waren am ausgeschriebenen Wettbewerbsverfahren nicht interessiert und haben keinen Versuch unternommen, daran teilzunehmen. Als das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen war, wurde ihnen jedoch bewusst, dass sie einen Fehler gemacht hatten. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler sind an die linke Ratshälfte gelangt und haben diese zu überzeugen vermocht. Die linke Ratshälfte ist zwischenzeitlich dazu bereit, Wettbewerbsrecht zu verletzen. Der Stadtrat hat vom Gemeinderat nicht verlangt, ihm eine Variantenabstimmung vorzulegen, sondern lediglich, dass die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler bis zum 31. Dezember 2008 einen Vorschlag unterbreiten dürfen. Am 31. Dezember 2008 lag allerdings kein ordentlicher Vorschlag vor. Bis zum heutigen Zeitpunkt werden noch nachträglich Unterlagen nachgereicht. Dies ist gegenüber Allreal unfair, denn diese musste von Anfang an das definitive Projekt einreichen. Bis zum Abstimmungskampf werden die PROGR-Künstlerinnen und Künstler wohl noch weitere Veränderungen und Korrekturen an ihrem Projekt vornehmen. Die PROGR-Künstlerinnen und Künstler haben gezeigt, dass sie nicht fähig sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein fertiges Projekt auf die Beine zu stellen. Wenn wir den PROGR den PROGR-Künstlerinnen und -Künstlern überlassen, werden wir im Verlaufe der nächsten Jahre riesige Probleme bekommen. Es ist davon auszugehen, dass bereits bald Subventionsanträge eingereicht werden mit dem Argument, die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler würden viel zugunsten der Allgemeinheit tun. Sie werden das Gebäude nicht halten können. Der Finanzplan zeigt, dass es sich bei der Mehrheit der Gelder um Fremd- und nicht um Eigenmittel handelt. In diesem zentralen Gebäude muss ein Projekt angesiedelt werden, welches einen Mehrwert generiert. Die Kunst vermag nur dann einen Mehrwert zu generieren, wenn sie sich selber finanziert. Die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler können ihre Kunst auch an vielen anderen Orten der Stadt ausüben. Ich bitte den Rat, die Variantenabstimmung abzulehnen.

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Adrienne Hochuli*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr

Vorsitzend

Präsident Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Claude Grosjean	Philippe Müller
Cristina Anliker-Mansour	Beat Gubser	Nadia Omar
Rania Bahnan Buechi	Leyla Gül	Stéphanie Penher
Vinzenz Bartlome	Kurt Hirsbrunner	Pascal Rub
Giovanna Battagliero	Beni Hirt	Rahel Ruch
Thomas Begert	Jimmy Hofer	Hasim Sancar
Peter Bernasconi	Natalie Imboden	Emine Sariaslan
Kathrin Bertschy	Ueli Jaisli	Daniela Schäfer
Dieter Beyeler	Stefan Jordi	Martin Schneider
Lea Bill	Ruedi Keller	Rolf Schuler
Manfred Blaser	Daniel Klauser	Miriam Schwarz
Peter Bühler	Michael Köpfli	Hasim Sönmez
Conradin Conzetti	Vania Kohli	Barbara Streit-Stettler
Rithy Chheng	Peter Künzler	Luzius Theiler
Philippe Cottagnoud	Annette Lehmann	Martin Trachsel
Dolores Dana	Edith Leibundgut	Aline Trede
Bernhard Eicher	Anna Magdalena Linder	Gisela Vollmer
Susanne Elsener	Daniela Lutz-Beck	Nicola von Greyerz
Regula Fischer	Ursula Marti	Peter Wasserfallen
Andreas Flückiger	Corinne Mathieu	Thomas Weil
Jan Flückiger	Claudia Meier	Rolf Zbinden
Urs Frieden	Christine Michel	Christoph Zimmerli
Jacqueline Gafner Wasem	Patrizia Mordini	Beat Zobrist
Simon Glauser	Erik Mozsa	
Thomas Götting		

Entschuldigt

Michael Aebersold	Erich J. Hess	Tanja Sollberger
Henri-Charles Beuchat	Mario Imhof	Béatrice Wertli
Anastasia Falkner		

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Barbara Hayoz FPI	Regula Rytz TVS
-------------------------	-------------------	-----------------

Entschuldigt

Reto Nause SUE	Edith Olibet BSS
----------------	------------------

Ratssekretariat

Jürg Stampfli, Ratssekretär	Beat Roschi, Ratsweibel
Franziska Meyer, Protokoll	Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

1 Fortsetzung: Übertrag der Liegenschaft ehemaliges Progymnasium vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 08.000220 / 09/008

Sämtliche Beschlüsse zu Traktandum 1 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten finden sich im Anhang.

Fortsetzung: Einzelvoten

Manfred Blaser (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir stehen zur Kultur. Es stellt sich jedoch die Frage, wer für wie viel Kultur aufkommen will. Kultur muss in erster Linie selbsttragend sein. Das Angebot darf die Nachfrage nicht übersteigen. Und wenn doch, so reguliert sich der Markt selbst. In der Stadt Bern sollte Kulturförderung nur in geringer Masse produziert und praktiziert werden. Das ist auch der Fall. Die Stadt Bern gibt rund drei Prozent des Budgets 2009, also einen Betrag von 34 Millionen Franken, für die Abteilung Kulturelles aus. Wenn wir noch weitere Kulturförderungsmassnahmen lancieren, muss man bei anderen Projekten abspecken. Schlussendlich müsste man wegen der Mehrbelastung das Budget erhöhen, was wiederum den Steuerzahler belasten würde. Es ist fraglich, ob dies im Sinne der Steuerzahler ist, insbesondere bei der doch sehr angespannten Finanzlage der Stadt. In Bezug auf das Projekt PROGR ergibt sich noch eine weitere Komponente. Hier wurde ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt, bei dem sich alle Interessierten beteiligen konnten. Es wurde nach SIA-Richtlinien durchgeführt. Daraus ging das Projekt Doppelpunkt als Siegerin hervor. Nun hat der Stadtrat am 6. November 2008 die Vorlage mit 36 Ja zu 34 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Gemeinderat zurückgewiesen. Er hat die Auflage gemacht, ein Angebot des Vereins Künstlerinitiative pro PROGR bis zum 31. Dezember 2008 entgegenzunehmen und gemäss den Wettbewerbskriterien zu prüfen. Falls der Gemeinderat zum Schluss kommt, dass das Konzept des Vereins pro PROGR finanzierbar und realistisch ist, soll er dem Stadtrat eine Variante vorlegen. Das ist nun geschehen. Ob die Finanzierung wirklich gewährleistet ist, ist nicht sicher. Man kann sich ja an den Fingern abzählen, dass die gesamte finanzielle Belastung nicht über Jahre hinweg abgedeckt werden kann.

Jimmy Hofer (parteilos): Heute ist wieder einmal ein Tag, an dem ich froh bin, nicht Politiker zu sein. Dieses Trauerspiel habe ich nicht zu verantworten und weise es daher weit von mir weg. Ich war glücklicherweise bei der Abstimmung vom 6. November 2008 nicht dabei. Heute verstehe ich auch die Ironie der Leute, die mir viel Spass wünschen, wenn ich zu den Sitzungen des Stadtrats gehe. Offenbar ist der Gemeinderat nicht fähig, einen Wettbewerb aufzugleisen, der bis zum Schluss gültig und gut ist. Im Nachhinein behauptet der Gemeinderat erst noch das Gegenteil. Ich schlage vor, dass wir in Zukunft keine Wettbewerbe mehr lancieren, sondern nur noch Jekami. Jeder soll mitmachen und seine eigenen Regeln aufstellen. Die Frist für die Künstlerinitiative lief am 31. Dezember 2008 ab. Und trotzdem lagen am 27. Januar 2009 noch Zusatzangaben auf. Vielleicht ist nicht alles politisch korrekt, was ich hier erzähle, aber es kommt aus dem Bauch heraus. Viele Stimmbürger reklamieren nicht einmal mehr, sondern schütteln nur mitleidig den Kopf. Das finde ich beelendend. Wir können doch nicht einfach Leute verarschen. Es wurde ein Wettbewerb durchgeführt und ein Sieger auserkoren. Dann kann man doch nicht einfach mit einem andern Projekt kommen und machen, was man

will. Man kann Fristen verstreichen lassen und nach eigenem Gutdünken schalten und walten. Sie müssen mich recht verstehen, ich bin auch Kulturschaffender. Ob man das anerkennt oder nicht, spielt keine Rolle, aber die Spielregeln müssen eingehalten werden. Wenn man einen internationalen Wettbewerb ausschreibt, gelten gewisse Regeln. Jede Zwischennutzung, die die Stadt zulässt, endet in einem Debakel, wie beispielsweise das Paradiesli oder eben auch der PROGR. Deshalb hab ich einen Vorstoss zu diesem Thema vorbereitet, der beinhaltet, dass man Zwischennutzungen grundsätzlich ausschliesst. Zu dieser Vorlage habe ich noch einen Antrag eingereicht, der beinhaltet, dass das Projekt PROGR immer selbsttragend sein muss. Es muss gewährleistet sein, dass der PROGR kein Geld von der Stadt erhält.

Giovanna Battagliero (SP): Ich bin froh, dass ich Politikerin bin – sonst wäre ich hier völlig im falschen Film. Im Namen der Gerechtigkeit denke ich noch einmal laut: In der Debatte vom 6. November 2008 habe ich gesagt, dass wir uns eine Variantenabstimmung vorstellen könnten, falls sich das PROGR-Projekt als machbar und finanzierbar herausstellt. Ausserdem haben wir einen Rückweisungsantrag eingereicht, der angenommen wurde. Ich zitiere einen Punkt des Rückweisungsantrags: „Der Gemeinderat hat dem Stadtrat, falls finanzierbar, eine Variante für den Verkauf an die PROGR-Künstlerinnen und -Künstler zu unterbreiten.“ Diese liegt heute vor. Zu Hans Peter Aeberhard: Der Stadtrat darf sich also nicht gegen eine Wettbewerbssiegerin stellen. Weshalb stimmen wir dann überhaupt über solche Projekte ab? Dann sollte ein Wettbewerb gleich der Wettbewerbs-Jury überlassen werden und wir sollten gar nicht darüber befinden. Der Stadtrat und das Volk sind der Souverän und tragen die Verantwortung. Eine Wettbewerbssiegerin kann sich nie darauf verlassen, dass ihr Projekt auch wirklich realisiert wird. Das hat nichts mit dem PROGR-Projekt zu tun. Wir anerkennen sowohl das Projekt Doppelpunkt als auch das Projekt PROGR. Wir wollen, dass die Bernerinnen und Berner entscheiden können, welche Nutzung sie an dieser zentralen Liegenschaft der Stadt Bern wollen. Wir trauen dem Volk zu, dass es die richtige Entscheidung trifft.

Pascal Rub (FDP): Ich habe Freude am PROGR und besuche gerne Veranstaltungen. Ich habe also gewisse Sympathien für die Künstlerinnen und Künstler. Diejenigen, die mich länger kennen, wissen, dass ich nicht immer auf meinen Bauch höre und gelegentlich den Rechner zücke. Auch hier habe ich gerechnet. Das Projekt Doppelpunkt wird rund 25 Millionen Franken in das alte Progymnasium investieren. Bei einem durchschnittlichen pro Kopf Umsatz von 250'000 Franken in der Branche sprechen wir hier von 100 Mann-Jahre Arbeit. Verteilt auf zwei Jahre sind dies 50 Arbeitsplätze für die Bauwirtschaft, darunter viele lokale Gewerbe, Architekten und Arbeiter. Von den nachhaltigen Arbeitsplätzen, die bleiben werden, habe ich noch gar nicht gesprochen. Es ist zu einfach, Allreal als Heuschrecke darzustellen. Allreal schafft auf privater Basis Arbeitsplätze, wo sonst überall in der Schweiz nach staatlicher Hilfe gerufen wird. Das Gesundheitszentrum wird vom Spitalnetz Bern getragen. Ich erinnere, dass es sich hierbei um sechs öffentliche Spitäler handelt, darunter Ziegler- und Tiefenauspital. Das sind zwei Spitäler, die demnächst neu gebaut werden müssen. Der geplante Neubau wird kaum im Zentrum der Stadt Bern realisiert werden können. Aus Platzgründen muss dies in der Peripherie geschehen. Die im PROGR geplante zentrale Anlaufsstelle für ambulante Behandlungen und für spezialärztliche Praxen ist dabei ein integraler Bestandteil des Konzeptes und hat nationalen Vorbildcharakter. Doppelpunkt schafft Arbeitsplätze und kann erst noch zur Senkung der Gesundheitskosten beitragen. Doppelpunkt ist also kein börsenspekulatives Projekt, sondern wichtig für Wirtschaft und die Volkswirtschaft der Stadt Bern und zwar erst noch in einer kritischen Zeit. Zu den Spielregeln: Die PROGR-Künstler haben immer gewusst, dass es sich um ein Provisorium handelt. Der Stadtpräsident hat immer versprochen, dass es sich um ein Provisorium handelt. Die Stadt Bern hat in jüngster Vergangenheit immer wieder Spiel-

regeln aufgestellt, beispielsweise für die Reitschule, das Paradiesli oder die Gassenküche. Diese Spielregeln wurden immer wieder verletzt und der Gemeinderat hat einfach nur zugehört. Ob die PROGR-Künstler versuchen die Regeln zu brechen? Sie verhalten sich jedenfalls wie kleine Kinder, die die Freiheit ausreizen und jetzt schmallen, weil sie die Baumhütte wieder verlassen müssen. Alle Eltern wissen, was geschieht, wenn man Kindern immer wieder nachgibt. Die Stadt wird unglaublich. Sie wird aber auch unglaublich gegenüber Investoren und Arbeitgebern. Der Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Bern, der hier entsteht, ist schwer zu reparieren. Ich bitte alle, die sich den realen Werten verschrieben haben, die Variantenabstimmung zu verhindern. Der richtige Weg ist das Projekt Doppelpunkt. Wenn dieses Projekt vor dem Volk scheitert, kann man immer noch einmal über die Bücher.

Gisela Vollmer (SP): Der Wettbewerb beinhaltet nicht nur die Ausschreibung, sondern einen ganzen Prozess. Die Stadt hat hier grosse Fehler gemacht, indem sie beispielsweise die Nutzung nicht festlegen wollte. Die Nutzung ist das Hauptthema, um das sich die ganze Diskussion dreht. Man versucht immer noch, den PROGR einer Nutzung zuzuführen, die er überhaupt nicht will. Die Diskussion über die Nutzung wird uns noch eine Weile begleiten. Man will nicht akzeptieren, dass der PROGR, der seit fünf Jahren Kunst- und Kulturveranstalter ist, weiterhin die Aufgabe wahrnehmen will. Wenn man die Anträge studiert, wird ersichtlich, dass man ihn noch anders nutzen muss. Die anderen Nutzungen will er aber womöglich überhaupt nicht. Insofern sind die PROGR-Leute nicht einfach nur Trittbrettfahrer, da sie aufgrund der Wettbewerbsausschreibung nicht am Wettbewerb teilnehmen konnten. Es waren Investoren und Planungsfachleute gesucht, und diese Aufgabe die konnten die PROGR-Leute nicht im Sinne des Wettbewerbs wahrnehmen. Zur Unglaublichkeit, die man dem Verein pro PROGR vorwirft: Diese Zwischennutzung wurde nun während fünf Jahren erfolgreich durchgeführt. Der PROGR ist offensichtlich schweizweit ein Erfolgsprojekt. Dabei wurden 430'000 Franken pro Jahr rekrutiert. Das bedeutet, dass die Zwischennutzung für die Stadt nicht nur kostendeckend, sondern auch eine recht grosse Einnahmequelle ist. Nun stehen hinter der Finanzierung des PROGR stadtbekannte Leute, die in den letzten Jahren wirklich bekannte und gute Projekte durchgeführt haben. Diesen Leuten spricht man jetzt die Glaubwürdigkeit ab und unterstellt ihnen, dass sie den PROGR eigentlich nicht finanzieren und eigenständig führen könnten. Das ist eine sehr heftige Polemik.

Daniela Lutz-Beck (GFL): Ein ursprünglich als Zwischennutzung gedachtes Projekt, entwickelt sich zu einem international beachteten Atelier. International heisst aber einmal mehr, dass es nicht oder nur teilweise lokal beachtet wird. Albrecht von Haller lässt grüssen. Jetzt geht die Gruppe PROGR ein unternehmerisches Risiko ein, dies in einer Zeit, in der die Rezession droht. Um uns herum regiert die Angst vor Arbeitslosigkeit und Konkurs vieler kleiner und grösserer Unternehmen. Das Projekt der Allreal wurde zu einer Zeit der prognostizierten Hochkonjunktur eingereicht. Wie würde es wohl aussehen, wenn der Wettbewerb wiederholt würde? Zu Peter Bernasconi: Das Präjudiz wurde bereits im November geschaffen, vielleicht aber auch bereits bei der Wettbewerbsausschreibung, da der Stadtrat nicht miteinbezogen wurde. Barbara Streit-Stettler hat dies bereits ausführlich dargelegt. Kultur wird als Luxusgut dargestellt. Aber das ist es nicht. Lieber Erich J. Hess, auch Gesundheit und Bildung, die notabene im Projekt der Allreal enthalten sind, sind nicht selbsttragend, sondern werden von den Bürgern massiv subventioniert. Zwar nicht aus der Stadtkasse, das macht aber kein Unterschied in Ihrem oder meinem Portemonnaie.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Ich fühle mich geschmeichelt, dass mein Votum die SP-Präsidentin zu einer Entgegnung verleiten kann. Giovanna Battagliero hat gesagt, dass wir hier über alles abstimmen können und uns an keine rechtlichen Regeln halten müssen. Das

ist eine völlige Überschätzung des Parlaments. Das kann man so nicht stehen lassen. Sonst könnte man ja auch wieder einmal versuchen, die Todesstrafe einzuführen. Mit meinem vorangegangenen Votum habe ich nichts anderes gemacht, als darzulegen, was das Parlament darf. Offensichtlich haben wir dem Gemeinderat eingeräumt, dass er einen Wettbewerb veranstalten kann. Wenn ein solcher Wettbewerb durchgeführt wurde, kann die Stadtbehörde nicht im Nachhinein das Gegenteil tun. Diesen Sachverhalt habe ich bereits am Beispiel des Lottos dargelegt. Das darf man nicht, es ist rechtlich nicht zulässig und Sie werden mit rechtlichen Konsequenzen zu rechnen haben. Wir dürfen als Gesetzgeber nicht unsere Kompetenzen überschreiten, was wir mit einer Doppelvorlage machen würden. Dann überschreiten wir unsere Kompetenz. Wir dürfen den Stimmbürgern das Siegerprojekt zur Annahme oder zur Ablehnung empfehlen.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat auftragsgemäss die vorliegende überarbeitete Vorlage. Diese beinhaltet das bisherige Projekt Doppelpunkt und das Projekt Kulturzentrum. Der Gemeinderat selber hält nach wie vor am Projekt Doppelpunkt fest. Gegenüber Christine Michel vom Grünen Bündnis möchte ich richtig stellen: Der Gemeinderat beantragt keine Variantenabstimmung. Er hat die Vorlage bloss gemäss Auftrag des Gemeinderats überarbeitet, steht aber hinter dem Projekt Doppelpunkt, dass er am 6. November 2008 dem Stadtrat vorgelegt hat. Sie haben uns einen anderen Auftrag gegeben, den haben wir erfüllt. Die Offerte der Künstlervereinigung ist fristgerecht eingetroffen. Sie ist von den zuständigen Behörden geprüft worden. In den Punkten Kaufpreis und Baurechtszins stimmen die beiden Offerten überein. Alles andere ist unterschiedlich, weil es sich ja bekanntlich um zwei völlig verschiedene Projekte handelt. Darum sind auch die Pläne für die künftige Nutzung völlig verschieden, man kann auch nicht von zwei wirtschaftlich gleichwertigen Projekten sprechen. Die zuständigen Verwaltungsstellen haben die Projekte geprüft. Es ist aber klar, dass ein Projekt, das nicht aus einem Wettbewerb hervorgegangen ist, nicht die gleiche Dichte an Datengrundlagen hat wie ein Wettbewerbsprojekt. Darum haben wir die Projekte grob geprüft. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass das Projekt Doppelpunkt wahrscheinlich die grösseren Chancen beinhaltet. Für das Projekt der PROGR-Künstler sind weitere finanzielle Anstrengungen nötig. Nach Auffassung des Gemeinderats ist die langfristige Finanzierung noch nicht gesichert. Der Stadtratsbeschluss vom 6. November 2008 wurde immer wieder erwähnt. Der Sprecher der SVP bezweifelt, dass der Stadtrat dem Gemeinderat tatsächlich den Auftrag erteilt hat, das Künstlerprojekt als Variante vorzulegen. Der Gemeinderat hat vom Stadtrat aber einen verbindlichen Auftrag erhalten. Im Stadtratsbeschluss 573 vom 6. November 2008 kommt dies auch im Protokoll zum Ausdruck. Wir wären ja ein schlechter Gemeinderat, wenn wir dies nicht befolgen und dem Stadtrat ein solches Projekt vorlegen würden. Wir sind aber ein guter Gemeinderat, darum legen wir Ihnen das Projekt wie gewünscht vor. Mit anderen Worten: Die Vorlage, die Ihnen heute vorliegt, entspricht der Forderung des Parlaments. Dieser Auftrag ist im Protokoll enthalten, auch wenn es keinen expliziten Antrag für eine Variantenabstimmung gab. Dieses Protokoll ist später ja auch genehmigt worden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass nun der Stadtrat entscheiden muss, in welcher Form er den Stimmberechtigten das Geschäft unterbreiten will, ob mit oder ohne Variante. Dazu hat sich der Gemeinderat nicht zu äussern. Beide Varianten sind vorbereitet. Der Gemeinderat selber hält an seinem Projekt, dem Projekt Doppelpunkt fest, das er am 6. November 2008 als einziges Projekt vorgelegt hat. Zur Heimfallklausel: In ihrer Offertenprüfung des Künstlerangebots erachtet es die Finanzdirektion als nicht gesichert, dass der Betrieb längerfristig finanziert werden kann. Im Moment ist die Finanzierung noch nicht in allen Punkten gegeben. Wenn aber die Abgabe an die Künstlergruppe im Baurecht stattfindet, so würden wir dies im Baurechtsvertrag klären. Dort würden wir auch festlegen, was geschieht, wenn der PROGR wieder zu einem Zuschussbetrieb würde. Das könnte mit

einem vorzeitigen Heimfall geregelt werden. Darum erachten wir auch die in dem Zusammenhang gestellten Anträge als geeignet, dieses Problem im Bezug auf die Stadtkasse zu entschärfen. Die Gründe, die zu einem vorzeitigen Heimfall führen könnten, müssten noch genau festgelegt werden, sicher würde aber ein nötiger Zuschuss dazu gehören. In der Kommission wurde auch die Sicherstellung der teilweisen öffentlichen Nutzung diskutiert. Auch das kann im Baurechtsvertrag geregelt werden. Der Gemeinderat ist ebenfalls der Meinung, dass eine Liegenschaft an so zentraler Lage auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen soll. Bei beiden Projekten besteht die Befürchtung, dass der Zugang der Öffentlichkeit aus finanziellen Gründen behindert werden könnte. Auch das liesse sich in einem Vertrag regeln. Beim Projekt Doppelpunkt könnte aber in Zukunft auf eine Verschiebung der Nutzung nicht mehr Einfluss genommen werden. Der Baurechtsvertrag kommt aus dem Wettbewerb, den können wir nicht mehr ändern. Beim Projekt ROGR könnten wir die teilweise öffentliche Nutzung noch im Baurechtsvertrag festschreiben. Es wurde auch der Vorwurf der Verletzung des Beschaffungsrechts erhoben. Gemäss den Voten der SVP kommt auch ein juristischer Vorbehalt ins Spiel. Der Gemeinderat hat das geprüft und kann klar sagen: Mit einer Variantenabstimmung würden die Bestimmungen der interkantonalen Vereinbarung über das Beschaffungswesen nicht verletzt. Der Gemeinderat hat dem Siegerprojekt aus dem Wettbewerb in Form einer Verfügung den Zuschlag gegeben. Als übergeordnetes Organ können die Stimmberechtigten über das Siegerprojekt noch befinden. In der Ausschreibung ist denn auch ganz klar festgehalten: „Der Investorenwettbewerb wird offen ausgeschrieben. **Das öffentliche Beschaffungsrecht des Kantons Bern und der Stadt Bern kommt nicht zur Anwendung, da die Stadt Bern ein Baurecht abgibt.**“ Das ist der Unterschied zum öffentlichen Beschaffungswesen: Es geht gar nicht um eine Beschaffung, sondern um einen Verkauf. Im Wettbewerb haben wir auch darauf hingewiesen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir nichts riskieren. Juristisch im Raum steht auch noch die Frage der Verwaltungsbeschwerde. Gemäss Art. 60 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege kann man eine solche immer einreichen. Sie ist aber erst zulässig, wenn das zuständige Gemeindeorgan endgültig entschieden hat. Das ist im vorliegenden Fall das Stimmvolk. Sollte eine solche Beschwerde eingereicht werden, hat sie aufschiebende Wirkung. Zur Forderung, dass die Argumente der Liegenschaftsverwaltung in die Abstimmungsbotschaft aufgenommen werden müssen: Die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern hat das Kaufangebot im Rahmen des Auftrags kritisch geprüft, insbesondere im Bereich Unterhalt und Haustechnik, wo einige Millionen Franken anstehen. Dort haben wir gemäss neuer Energieverordnung sehr strenge Grenzwerte. Wenn man Teilsanierungen macht, kann das sehr schnell teuer werden. Die Liegenschaftsverwaltung steht hinter den Aussagen, die sie im Rahmen ihrer Prüfung gemacht hat. Die Künstlergruppe hat ihr vorgeworfen, sie habe nach „Angaben wie aus der Kalkulationsschulung“ geprüft. Die Liegenschaftsverwaltung hat mit jenen Angaben gearbeitet, die sie gehabt hat. Man kann ihr sicher keinen bösen Willen unterstellen. Die Zeit wird zeigen, wer Recht hatte mit seiner Prüfung. Inzwischen haben die Künstler ja auch zugegeben, dass sie zumindest die Parkplatzerersatzabgabe nicht eingerechnet haben. Die Stadt, der Gemeinderat, wir alle wollen eine attraktive Nutzung des Hauses an zentraler Lage in der Stadt Bern. Das Haus solle einer breiten Öffentlichkeit zur Nutzung zur Verfügung stehen. Niemand will einen weiteren Zuschussbetrieb finanzieren, dafür fehlt uns das Geld. Beide Projekte liegen nun vor. Es ist ein Abwägen von Vorteilen und Nachteilen, von Sympathien und Antipathien. Der Gemeinderat spricht sich für das Projekt Doppelpunkt aus. Es ist jetzt am Stadtrat zu entscheiden, ob er nur das Projekt Doppelpunkt, das Projekt Kulturzentrum oder eine Variante zur Abstimmung bringen will.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Der Gemeinderat ist ja im Moment an allem Schuld. Man kann uns – auch mir als Jurypräsidenten – alles vorwerfen, aber nicht, dass wir uns nicht an die Spielregeln und an den Wettbewerb gehalten hätten. Wir sind die einzigen, die uns

daran gehalten haben. Die Auflagen waren klar: Das Siegerprojekt kommt als einziges Projekt in den Stadtrat und wird zur Annahme empfohlen. Das war die Auflage in den Wettbewerbsbedingungen, und daran haben wir uns gehalten. Der Stadtrat hätte es auch einfacher haben und unseren Antrag gutheissen können, dann hätten wir nicht über Wettbewerb und Schadenersatz diskutieren müssen. Der Stadtrat hat es anders gewollt. Das ist sein gutes Recht, aber er soll dann nicht dem Gemeinderat den Schwarzen Peter zuschieben. Der Stadtrat kann das vom Gemeinderat ausgewählte Projekt abändern oder ablehnen. Das haben alle gewusst, auch die Teilnehmer des Wettbewerbs. Es ist überhaupt kein Problem, wenn das von der Jury ausgewählte Projekt dem Stadtrat nicht genügt und er eine Variante dazu verlangt. Das ist sein Recht, aber niemand soll dem Gemeinderat vorwerfen, er habe sich nicht an Regeln gehalten und Schandenersatzklagen herausgefordert. Im Wettbewerb steht: „Der Vertrag selbst steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch das zuständige Organ Gemeinderat oder Volk.“ Wir haben auch die Frage des Schadenersatzes sehr genau geklärt. Wir gehen davon aus, dass die Risiken, die jeder Wettbewerbsteilnehmer kennt, sehr gering sind in der Frage einer allfälligen Schadenersatzklage. Ich habe kein Problem, wenn der Stadtrat den Wettbewerb nicht akzeptiert, aber er sollte es nicht dem Gemeinderat in die Schuhe schieben. Wo meine Sympathien liegen und für welches Projekt mein Herz schlägt, ist leider oder vielleicht zum Glück nicht immer entscheidend. Der PROGR ist eine Zwischennutzung, und solche werden nicht über längere Zeit von der Stadt finanziert. Das haben die PROGR-Leute immer gewusst, ich habe es an zahlreichen Veranstaltungen im PROGR wiederholt: Es ist und bleibt eine Zwischennutzung, die nicht verlängert wird als Zuschussbetrieb der Stadt Bern. Das haben die Leute im PROGR gemerkt und darum eine eigene Initiative auf die Beine gestellt. Es ist klar, dass ihre Offerte, die heute vorliegt, mit Verpflichtungen verbunden ist. Der PROGR muss seine finanziellen Verpflichtungen selber übernehmen. Darüber besteht bei allen Beteiligten Klarheit. Vielleicht wird dem einen oder anderen klar, dass der PROGR auch eine kulturpolitische Chance sein kann.

Peter Bernasconi (SVP): Wir haben gesagt, dass wir uns eine Beschwerde vorbehalten. Ich habe das selbstverständlich nicht aus einem persönlichen Jux gemacht, sondern rechtlich abgeklärt. Es waren auch Leute dabei, die solche Fälle beurteilen müssen. Das klang anders als hier und zwar aus folgendem Grund: Selbstverständlich wird in solchen Verträgen das Recht des Souveräns immer vorbehalten. Die übergeordneten Organe dürfen und können entscheiden, ob sie ein Projekt wollen oder nicht. Wenn es ein Erlass des Gemeinderats ist, darf man zum ausgewählten Projekt Ja oder Nein sagen. Was man nicht darf, ist ein Nebengeleise aufmachen. Da scheiden sich die Geister. Ich wiederhole darum, dass wir uns vorbehalten, eine Beschwerde einzureichen.

Michael Köpfli (GLP): Selbstverständlich hat der Gemeinderat die Spielregeln des Wettbewerbs nicht verletzt, er hat ihn ja selber durchgeführt. Ich habe aber trotzdem einige Fragen zum Vorgehen in den letzten Monaten: Haben der Gemeinderat und die Liegenschaftsverwaltung den Künstlern falsche Vorstellungen zum Baurechtszins kommuniziert? Wie Peter Aerschmann in der „Berner Zeitung“ sagte, hat man ihnen gesagt: „Vergesst es, ihr habt keine Chance!“ Weitere Frage: Wenn man einen solchen Wettbewerb erneut durchführen würde, würde man wieder weder eine Verkehrswertschätzung durchführen, noch einen Nutzung definieren? Oder würde man nächstes Mal zumindest eines von beidem durchführen, damit der Wettbewerb effizient ausgestaltet werden könnte? Dritte Frage, die ich gerne einzeln beantwortet hätte: Trifft es zu, dass der Gemeinderat sowohl bezüglich Kaufpreis wie auch des Mietzinses viel höhere Preise erwartet hat?

Pascal Rub (FDP): Selbstverständlich haben Sie die Regeln eingehalten, Herr Stadtpräsident. Wenn sie aber im vergangenen November nur annähernd so enthusiastisch gesprochen hätten für das Projekt der Wettbewerbssieger, wäre das ganze anders ausgegangen. Gewisse Zeitungen würden das verlogen nennen, ich sage einfach unfair.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Es ehrt mich, dass an meinen Enthusiasmus so hohe Erwartungen geknüpft werden. Zu den Fragen: Man darf nicht alles glauben, was in den Zeitungen steht. Zugegebenermassen haben wir alle geglaubt, das Objekt bringe mehr auf dem Markt. Der Wettbewerb war offen ausgeschrieben. Es war klar, dass jener den Zuschlag bekommt, der einen guten Preis und einen überzeugenden Projektinhalt bietet. Wir haben aber wirklich gehofft, dass wir mehr bekommen, nur spielt das Leben nicht immer so, wie man es erwartet. Der Wettbewerb ist offen, effizient und international nach dessen Regeln ausgeschrieben worden. Wir wollten einen Architekturwettbewerb, einen gestalterischen und einen Investorenwettbewerb. Es war klar, dass das eine hohe Hürde ist, die man nehmen muss. Eine Verkehrswertschätzung spielt keine Rolle, wenn man mit einem Objekt auf den Markt geht und alle Angebote entgegennimmt. Es ist keine Frage des Wettbewerbs oder des Verkehrswerts, die einzige Frage ist, was der Markt dafür gibt. Der Markt hat nicht mehr gegeben, auch wenn man andere Erwartungen hatte. Diese hohen Erwartungen waren offenbar mit ein Grund, dass die PROGR-Leute ein Kulturprojekt für nicht machbar hielten. Es hat sich gezeigt, dass sehr viele Nutzungen von Anfang an wegfallen, wenn man die Investitionen, die Auflagen der Denkmalpflege und die nicht veränderbaren Elemente einrechnet. Das war der Grund, warum die Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Nach diesem Signal haben die Leute im PROGR eine eigene Offerte gemacht. Wir sind offen in den Markt gegangen. Wir haben versucht, bezüglich Investoren und Architektur das beste Angebot zu bekommen. Den Preis hat der Markt bestimmt. Diesen kann offenbar auch die Kultur finanzieren.

Erich J. Hess (JSVP): Wenn man die Sachkenntnis des Stadtpräsidenten sieht, erstaunt es nicht, dass das ganze Sozialwesen in der Stadt derart aus dem Ruder ist. Mit so vielen Auflagen ist es klar, dass kein Investor mehr Geld für dieses schöne und grosse Haus bieten wollte. Allein die Vorschrift, dass ein Drittel des Gebäudes für Kultur genutzt werden muss, hat den Preis um einen Drittel verringert. Denn die Kultur, die dort betrieben wird, ist nicht selbsttragend. Es mussten noch viele andere Auflagen erfüllt werden. Die Stadt ist darum selber schuld, dass sie das Gebäude nicht für einen besseren Preis verkaufen kann. Ich bin überzeugt, dass weit über 20 Millionen Franken hätten gelöst werden können, hätte man nur nicht so viele Auflagen gemacht.

Michael Köpfli (GLP): Ich halte fest, dass Stadtpräsident Alexander Tschäppät meine beiden Fragen nicht beantwortet hat. Er hat nicht gesagt, ob Gemeinderat und Liegenschaftsverwaltung den Künstlern suggeriert haben, dass der Preis viel höher sein wird. Er hat ebenfalls nicht beantwortet, ob er wieder einen Wettbewerb ausschreiben will, in dem weder Nutzung noch Verkehrswert festgelegt ist.

Der *Vorsitzende* weist darauf hin, dass alle Abstimmungen unter Namensaufruf erfolgen. Zuerst werde der Antrag des Gemeinderats bereinigt. Diesem bereinigten Antrag werde der Antrag der FSU gegenübergestellt. Wenn der Gemeinderatsantrag obsiegt, wird er dem Eventualantrag Jimmy Hofer gegenübergestellt.

Sämtliche Beschlüsse zu Traktandum 1 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten finden sich im Anhang.

zu Ziffer II (neu)

Antrag Fraktionen GLP und FDP zum Gemeinderatsantrag Ziffer II (neu)

Der Gemeinderat wird beauftragt, die folgenden drei Eckpunkte in einem allfälligen Baurechtsvertrag zwischen der Baurechtsnehmerin (Künstlerinitiative pro PROGR) und der Baurechtsgeberin mit der aufzunehmen:

1. Der Baurechtsvertrag muss ein Vorkaufsrecht für die Baurechtsgeberin beinhalten. Der Vorkaufspreis darf sich ausschliesslich aus dem von der Baurechtsnehmerin getätigten Kaufpreis und dem Zeitwert der getätigten Sanierungsarbeiten zusammensetzen.
2. Die Baurechtsnehmerin muss einer vorzeitigen Heimfallklausel für das Gebäude an die Stadt zustimmen, welche dann wirksam wird, wenn die Baurechtsnehmerin die anfallenden Kosten nicht mehr selbstständig tragen kann oder wenn vereinbarte Termine (bspw. bezüglich der Sanierungsarbeiten) aus eigenem Verschulden nicht eingehalten werden. Die Heimfallentschädigung darf sich in dem Fall ausschliesslich aus dem von der Baurechtsnehmerin bezahlten Kaufpreis und dem Zeitwert der getätigten Sanierungsarbeiten zusammensetzen. Die Baurechtsgeberin darf dabei auf keinen Fall für Schulden haften, welche über die Heimfallentschädigung hinausgehen.
3. Das Baurecht ist lediglich für eine Dauer von 30 Jahren statt 80 Jahren einzuräumen. Vor Ablauf von 30 Jahren wird die Baurechtsgeberin mit der Baurechtsnehmerin über eine Verlängerung des Baurechtsvertrages Verhandlungen aufnehmen.

Antrag FSU zum Gemeinderatsantrag Ziffer II (neu)

2. Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Heimfallklausel in den Baurechtsvertrag mit der Stiftung PROGR aufzunehmen und eine teilweise öffentliche Nutzung des Gebäudes vertraglich sicherzustellen.

Luzius Theiler (GPB): Ich beantrage, dass die Klammer im Antrag der Fraktionen GLP und FDP (Künstlerinitiative pro PROGR) gestrichen wird. Ich habe Verständnis für den Antrag, wenn man sich gegen jede Eventualität absichern will. Diese Bedingungen, die Heimfallklausel und die übrigen Bedingungen, müssen aber für beide Projekte gelten. Sonst wäre das eine in höchstem Grad ungleiche Behandlung und unfair. Es wird zwar gesagt, dass man das beim Projekt Doppelpunkt nicht mehr ändern könne weil es schon im Vertrag festgelegt ist. Gerade eben hat aber der Stadtpräsident zu Recht gesagt, der Stadtrat sei frei, das Wettbewerbsergebnis abzuändern.

Peter Bernasconi (SVP): Meiner Meinung nach ist das nicht möglich. Ein Vorkaufsrecht bedeutet, dass die Stadt kaufen kann zu dem Preis, den jemand anderes offeriert. Wenn also der Kaufpreis als Limite fixiert worden ist, geht das grundsätzlich nicht.

Sämtliche Beschlüsse zu Traktandum 1 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten finden sich im Anhang.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag Theiler ab (23 Ja, 42 Nein, 8 Enthaltungen). Abst.-Nr. 105
2. Der Stadtrat stimmt dem Punkt 1 des Antrags GLP/FDP zu (67 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen). Abst.-Nr. 106
3. Der Antrag GLP/FDP zu Punkt 2 obsiegt dem Antrag FSU (50 GLP/FDP, 18 FSU, 4 Enthaltungen). Abst.-Nr. 107

4. Stadtrat stimmt Punkt 2 des Antrag GLP/FDP zu (68 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 108
5. Der Stadtrat stimmt Punkt 3 des Antrags GLP/FDP zu (61 Ja, 2 Nein, 9 Enthaltungen). Abst.-Nr. 109

Antrag Fraktion SVPplus zum Gemeinderatsantrag Ziffer II (neu)

4. Schutzvertrag mit der Denkmalpflege
5. Eine Ausführungsgarantie
6. Entstehen der Stadt Bern mit der Ausführung der Variante „Zentrum für Kulturproduktion“ Penalien (Entschädigungsansprüche) so sind diese vom Baurechtsnehmer zu tragen
7. In welcher Zeit ein Bauprojekt eingereicht werden muss
8. Wie lange die Zwischennutzung maximal dauern darf.

Peter Bernasconi (SVP): Wenn der wirtschaftliche Druck wächst, könnte versucht werden, mehr Umsatz zu generieren. Der denkmalpflegerisch sehr wichtige Innenhof könnte angereizt werden. Allreal musste mit der Denkmalpflege einen Schutzvertrag aushandeln und unterzeichnen. Dort ist ganz genau festgelegt, was im Innenhof möglich ist. Da wurde um jeden Stuhl und jeden Sitzplatz gefeilscht. Wir sind der Meinung, dass das für das Künstlerprojekt auch gelten muss. Auch sie müssen einen solchen Schutzvertrag unterzeichnen.

Christine Michel (GB): Wir sind bereit, die beiden ersten Anträge der SVPplus (Punkt 4. und 5.) zu unterstützen im Sinne der gleichwertigen Bedingungen für beide Projekte. Ich hatte in der Kommission zwar den Eindruck, dass der Schutzvertrag noch nicht ausgehandelt ist. Wenn er aber für beide Projekte ausgehandelt wird, sind wir einverstanden. Eine Ausführungsgarantie ist ein normales Vorgehen bei einem Baurechtsvertrag. Punkt 6. geht uns zu weit, und die Punkte 7. und 8. sind uns zu detailliert. Das sollte nicht im Baurechtsvertrag festgeschrieben werden.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Sie können einen Schutzvertrag festlegen, weil aber das Haus unter Denkmalschutz steht, gilt das ohnehin schon. Doppelt genährt hält besser. Das gleiche gilt für die Ausführungsgarantie, das steht schon in der Heimfallklausel. Punkt 6. bitten wir Sie abzulehnen. Man kann jemandem nicht die Kosten auferlegen, die ein Stadtparlament verursacht.

Peter Bernasconi (SVP): Wir haben schon am 6. November 2008 einen Antrag gestellt, dass die Ausführungsgarantie im Vertrag festgeschrieben werden muss. Damals hat der Stadtrat zugestimmt.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat stimmt Punkt 4 des Antrags SVPplus zu (58 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 110
2. Der Stadtrat stimmt Punkt 5 des Antrags SVPplus zu (58 Ja, 8 Nein, 6 Enthaltungen). Abst.-Nr. 111
3. Der Stadtrat lehnt Punkt 6 des Antrags SVPplus ab (18 Ja, 51 Nein, 3 Enthaltungen). Abst.-Nr. 112
4. Der Stadtrat lehnt Punkt 7 des Antrags SVPplus ab (19 Ja, 50 Nein, 3 Enthaltungen). Abst.-Nr. 113
5. Der Stadtrat lehnt Punkt 8 des Antrags SVPplus ab (17 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 114

zu Ziffer III (neu)

Antrag Fraktion SVPplus zum Gemeinderatsantrag Ziffer III (neu)

Der Gemeinderat wird beauftragt, die folgenden Massnahmen umzusetzen:

1. Der Gemeinderat hat der FSU-Kommission den Baurechtsvertrag vor Unterzeichnung zur Einsichtnahme vorzulegen.
2. Zwecks Gleichbehandlung beider Angebote sind auch beim Projekt „Zentrum für Kulturproduktion“ die nach gültigem Reglement bestimmten Parkplatzersatzabgaben zu erheben.
3. Die Anzahl Sitzplätze im Innenhof des Projekts „Zentrum für Kulturproduktion“ darf die Anzahl des Projektes Doppelpunkt nicht übersteigen.
4. Vor der Unterzeichnung des Baurechtsvertrags ist vom Verein Zentrum für Kulturproduktion eine unwiderrufliche Bankgarantie für die Finanzierung der ganzen Investition beizubringen.
5. Die Stadt Bern mietet keine Räumlichkeiten beim Verein „Zentrum für Kulturproduktion“.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt Punkt 1 des Antrags SVPplus zu
(68 Ja, 4 Nein). Abst.-Nr. 115

Luzius Theiler (GPB): Gibt es eine schriftliche Zusage von Allreal, dass sie eine Parkplatzersatzabgabe zahlen würden?

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät:* Die Parkplatzersatzabgabe ist von Gesetzes wegen geschuldet. Allreal müsste die Abgabe zahlen. Bei einer Kulturinstitution muss man darüber diskutieren, ob es sich um museale Kultur handelt und in welchem Masse sie befreit werden könnte. Der Antrag ist eigentlich überflüssig, weil wir immer nach dem gültigen Reglement handeln. Für die Parkplatzersatzabgabe entscheidend ist die Frage, ob eine Institution dem Reglement unterliegt oder nicht.

Peter Künzler (GFL): Wir haben uns soeben darauf geeinigt, dass die Institution PROGR selbsttragend sein muss. Es ist eine selbständige Institution, die sich mit Kultur befasst, aber kein Museum. Es kann nicht sein, dass sie in Bezug auf die Parkplatzersatzabgabe behandelt wird wie eine Kultureinrichtung, die mit öffentlichen Geldern unterstützt wird. Die Abgabe ist also geschuldet. Diese dient der Förderung des öffentlichen Verkehrs. Es ist wichtig, dass wir auch im Hinblick auf Institutionen wie den PROGR den öffentlichen Verkehr fördern. Darum schuldet unserer Meinung nach auch der PROGR die Parkplatzersatzabgabe.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat stimmt Punkt 2 des Antrags SVPplus zu
(33 Ja, 30 Nein, 10 Enthaltungen). Abst.-Nr. 116
2. Der Stadtrat lehnt Punkt 3 des Antrag SVPplus ab
(23 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 117
3. Der Stadtrat lehnt Punkt 4 des Antrags SVPplus ab
(20 Ja, 51 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 118

Erich J. Hess (JSVP): Wenn die Stadt dort Räume mietet, führt das indirekt zu einer Subventionierung. Subventionierte Kultur ist schlechte Kultur, nur selbsttragende Kultur ist gute Kultur.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Punkt 5 des Antrags SVPplus ab (28 Ja, 43 Nein). Abst.-Nr. 120

Antrag Nadia Omar (GFL) zum Gemeinderatsantrag Ziffer III (neu)

6. Die Stadt hat alles zu unternehmen, damit für sie keine finanziellen Risiken entstehen bei einer allfälligen Auflösung der Stiftung Künstlerinitiative Pro Progr
7. Sanierungsarbeiten für das alte Progymnasium müssen bis Ende 2012 abgeschlossen sein
8. Alle denkmalschützerischen Auflagen müssen erfüllt werden (*zurückgezogen*)
9. Eine Mitbenützung der Liegenschaft des alten Progymnasiums durch die NMS muss sichergestellt werden

Nadia Omar (GFL): Die Variante des Vereins ist noch nicht entscheidungsreif. Damit für die Stadt keinen Schaden entsteht, falls die Variante vom Volk angenommen wird, habe ich einige Anträge formuliert. Punkt 6 soll einen Schaden verhindern. Punkt 7 beantrage ich, weil mir die Liegenschaft sehr wichtig und die Sanierung dringend nötig ist. Diese soll bis 2012 abgeschlossen sein. **Punkt 8 des Antrags ziehe ich zurück.** Das Anliegen ist mit dem bereits überwiesenen Antrag der SVPplus bezüglich Schutzvertrag erfüllt. Punkt 9 will eine Mitbenützung der NMS. Der Schule soll Platz geboten werden, weil das einen spannenden Mietermix gibt, der auch bessere Mieteinnahmen ermöglicht.

Natalie Imboden (GB): Wir unterstützen Punkt 1. Das ändert aber nichts. Wir haben uns schon darauf geeinigt, dass keine finanziellen Risiken entstehen dürfen, der Antrag ist darum obsolet. Ein zeitliches Limit finden wir nicht sinnvoll. Das Konzept der Künstlerinnen und Künstler sieht eine andere Dauer vor, weil sie ein anderes Sanierungskonzept haben. Darum ist es widersinnig, ihnen eine solche Vorgabe zu machen. Den Einbezug der NMS finden wir falsch. Wir entscheiden hier über den Baurechtsvertrag und die Übertragung des Gebäudes. Wir mischen uns aber nicht direkt ein, welches Büro von wem genutzt wird. Über den Mieterpiegel soll entscheiden, wer das Projekt realisiert.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat stimmt Punkt 6 des Antrags Omar zu (60 Ja, 8 Nein, 5 Enthaltungen).
Abst.-Nr. 121
2. Der Stadtrat lehnt Punkt 7 des Antrags Omar ab (31 Ja, 42 Nein). Abst.-Nr. 122
3. Der Stadtrat lehnt Punkt 9 des Antrags Omar ab (27 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen).
Abst.-Nr. 123

Eventualantrag Jimmy Hofer (Fraktion SVPplus)

Keine finanzielle und/oder materielle Unterstützung!

Sollte sich der Stadtrat an der heutigen Sitzung für eine Variantenabstimmung entscheiden, stelle ich folgenden Antrag:

Der Gemeinde- und Stadtrat verpflichtet sich hiermit verbindlich, dem Projekt PROGR zu keinem Zeitpunkt weder finanzielle noch materielle Unterstützung zu gewähren.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag Jimmy Hofer ab (35 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 124

Der Antrag des Gemeinderats ist damit bereinigt.

zu Ziffer II - Variantenabstimmung

Antrag FSU und Fraktion SVPplus zu Ziffer II

- II. Den Stimmberechtigten wird ~~die folgende Variantenabstimmung~~ **der folgende Antrag zum Beschluss** unterbreitet:

Variante A „Projekt Doppelpunkt“

3. Das Grundstück Waisenhausplatz 30, Bern Grundbuchblatt 1100, Kreis I (ehemaliges Progymnasium), wird vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen der Stadt Bern übertragen.
4. Nach Übertragung des Grundstücks Waisenhausplatz 30 wird die Bodenparzelle der Allreal Generalunternehmung AG in Bern (Investorin Siegerteam) im Baurecht zu einem Baurechtszins von Fr. 320 000.00 pro Jahr abgegeben und das bestehende Gebäude der Allreal Generalunternehmung AG für 2,4 Mio. Franken verkauft. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschliessen.

Variante B „Künstlerinitiative pro PROGR“:

- ~~2. Das Grundstück Waisenhausplatz 30, Bern Grundbuchblatt 1100, Kreis I (ehemaliges Progymnasium), wird vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen der Stadt Bern übertragen.~~
- ~~3. Nach Übertragung des Grundstücks Waisenhausplatz 30 wird die Bodenparzelle dem Verein Künstlerinitiative pro PROGR (allenfalls der noch zu gründenden Stiftung PROGR) im Baurecht zu einem Baurechtszins von Fr. 320 000.00 pro Jahr abgegeben und das bestehende Gebäude dem Verein (bzw. der noch zu gründenden Stiftung) für 2,4 Mio. Franken verkauft. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschliessen.~~

Beschlüsse

1. Der Gemeinderatsantrag Ziffer II obsiegt den Antrag FSU/SVPplus (50 Gemeinderat, 21 FSU/SVPplus). Abst.-Nr. 125 (Wiederholung Abstimmung unter „Rückkommen“)
2. Der Stadtrat gibt der Variante Künstlerinitiative pro PROGR den Vorrang vor dem Projekt Doppelpunkt (38 pro PROGR, 30 Projekt Doppelpunkt, 5 Enthaltungen). Abst.-Nr. 126

zu Ziffer III - Botschaft

Änderungsantrag FSU

- III. ~~Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird genehmigt.~~ Der Stadtrat beauftragt das Büro, die notwendigen materiellen und redaktionellen Änderungen der Abstimmungsbotschaft in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat vorzunehmen und zuhanden der Stimmberechtigten zu verabschieden.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag FSU zu (48 Ja, 2 Nein). Abst.-Nr. 127

Michael Köpfli (GLP): Bei einer Abstimmung mit zwei Vorlagen und einem Stichentscheid kann man zweimal Ja oder Nein sagen und sich beim Stichentscheid für die eine oder andere Variante aussprechen für den Fall, dass beide angenommen werden. Darum müssen wir jetzt eine Parole fassen zum Projekt Doppelpunkt und eine zum Projekt PROGR.

Der *Vorsitzende* stellt fest, dass dem Stadtrat ein Antrag für das Projekt Doppelpunkt vorliegt und ein Antrag für eine Variantenabstimmung. Die Abstimmungsbotschaft geht aber von zwei

Einzelabstimmungen aus, eine für die Künstlerinitiative pro PROGR und eine für das Projekt Doppelpunkt. Die Anträge gingen aber nicht von diesen zwei Abstimmungen aus, sondern von einer Abstimmung über das Projekt Doppelpunkt oder einer Variantenabstimmung. Um die Frage zu klären, ob sich der Stadtrat zu den einzelnen Projekten zu äussern hat, von welchen auch die Botschaft ausgeht, unterbricht er die Sitzung.

- Die Sitzung wird unterbrochen. -

Rückkommen

Hans Peter Aeberhard (FDP): Die Abstimmung ging zu schnell. Ich stelle fest, dass bei der Variantenabstimmung des Gemeinderats, die dem FSU-Antrag gegenübergestellt wurde, Verwirrung herrschte. Und zwar darum, weil der Gemeinderat gesagt hat, er unterstütze das Projekt Doppelpunkt, dabei unterstützt er offiziell die Variantenabstimmung. Auf der anderen Seite die FSU, die nur für eine Variante, nämlich das Projekt Doppelpunkt stimmt. **Im Namen der FDP- und GFL-Fraktion stelle ich einen Rückkommensantrag, der beinhaltet, diese Abstimmung zu wiederholen.**

Beschlüsse

1. Der Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag zu (41 Ja, 27 Nein, 4 Enthaltungen).
Abst.-Nr. 128
2. Der Gemeinderatsantrag obsiegt dem FSU-Antrag (44 Ja, 27 Nein). Abst.-Nr. 129

Jan Flückiger (GLP): Ich verstehe das nicht. Auf einem Abstimmungsbogen hat der Bürger nicht die Möglichkeit, A oder B anzukreuzen, sondern er hat die Möglichkeit zum Projekt PROGR oder zum Projekt Doppelpunkt Ja zu sagen und dann zum Stichentscheid. Deshalb würde ich empfehlen, dass der Stadtrat das gleiche Vorgehen wählt, nämlich über das Projekt PROGR und das Projekt Doppelpunkt separat abzustimmen und dann über den Stichentscheid. So macht man das normalerweise. Vielleicht gibt es eine neue Variante, die beinhaltet, dass man auf dem Stimmbogen A/B ankreuzen kann, aber das wäre mir neu.

Jaqueline Gafner Wasem (FDP): Die Verwirrung ist schon bald komplett. Mir als Bürgerin dieser Stadt ist klar, dass ich bei einer Variantenabstimmung beide Varianten annehmen oder ablehnen kann. Für den Fall, dass beide Varianten angenommen werden, kann ich mich entscheiden, welche Variante ich vorziehe, das ist dann die Stichfrage.

Barbara Streit-Stettler (EVP): In der Abstimmungsbotschaft steht, dass dies eine Alternativabstimmung sei. Offenbar gibt es Unterschiede zwischen einer Alternativ- und einer Variantenabstimmung. Bei einer Alternativabstimmung gibt es eben wirklich zwei Alternativen, die einander gegenübergestellt werden. Das ist ein Fehler in der Abstimmungsbotschaft.

Jaqueline Gafner Wasem (FDP): Nach Gemeindeordnung der Stadt Bern gibt es keine Alternativabstimmungen, sondern nur Variantenabstimmungen.

Der *Vorsitzende* beantragt, dass man über beide Projekte getrennt abstimmt.

Natalie Imboden (GB): Wir sollten jetzt nicht das Ganze noch verkomplizieren. Wir hatten vorliegende Anträge, wir haben über die entsprechenden Anträge abgestimmt, das wurde formell richtig gemacht. Wir haben das Rückkommen zugestanden. Alles lief ordnungsgemäss ab. Es hat niemand den Antrag gestellt, dass man nur das Projekt PROGR will. Wir haben gesagt,

dass wir eine demokratische Auswahl für das Volk wollen und uns deshalb für eine Variantenabstimmung ausgesprochen. Wir müssen jetzt nur noch die Stichfrage wiederholen, dann ist alles sauber und korrekt abgelaufen.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat gibt der Variante Künstlerinitiative pro PROGR den Vorrang vor dem Projekt Doppelpunkt (29 Doppelpunkt, 38 PROGR, 5 Enthaltungen). Abst.-Nr. 130
2. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Vorlage zu (Schlussabstimmung) (42 Ja, 26 Nein, 4 Enthaltungen). Abst.-Nr. 131

Abstimmungsbotschaft

Anträge GLP-Fraktion

zu Seite 3, drittletzter Absatz

Die Investorin würde der Stadt für das Gebäude 2,4 Millionen Franken und für den Boden **ab Zeitpunkt der Nutzung (voraussichtlich Ende 2011)** einen jährlichen Baurechtszins von 320'000 Franken bezahlen.

zu Seite 9

Bei der tabellarischen Gegenüberstellung (S.9) zwischen dem Projekt Doppelpunkt und dem Projekt Kulturzentrum soll beim Baurechtszins für Projekt Doppelpunkt neu stehen:

Baurechtszins: Fr. 320'000 pro Jahr (**ab Ende 2011**)

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag GLP zu Seite 3 zu (61 Ja, 7 Nein). Abst.-Nr. 132
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag GLP zu Seite 9 zu (64 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 133

Anträge Fraktion SVPplus zu Seite 9, Tabelle: „Die beiden Angebote im Vergleich“

Gegenüberstellung der beiden Angebote

Antrag 1

Alt

Projekt "Doppelpunkt" (Gesundheitszentrum) Kultur, Bildung, Gesundheit	Projekt "Kulturzentrum"
---	-------------------------

Antrag 2 (obsolet)

Alt

Abgabe im Baurecht für 80 Jahre	Abgabe im Baurecht Baurechtsvertrag liegt nicht vor
---------------------------------	--

Antrag 3

Neu

Parkplatzersatzabgabe 1. Mio. Franken bei den Investitionskosten eingerechnet. Mehrertrag für die Stadt	Nicht eingerechnet
--	--------------------

Antrag 4 (zurückgezogen)

Alt

Denkmalschutz: gewährleistet (Schutzvertrag ausgehandelt)	Denkmalschutz: gewährleistet nicht gewährleistet (kein Schutzvertrag ausgehandelt)
---	---

Antrag 5

Neu

Grundlagen, wie Pläne zum Beurteilen der gesetzlichen Auflagen, wie: Denkmalpflege, Statik Dachgeschoss, Brandschutz, Erdbebensicherheit, kantonale Energieverordnung, gewerbepolizeiliche Auflagen, sind vorhanden	Abschliessende Aussagen zur Beurteilung möglicher Risiken wie: Denkmalpflege, Statik Dachgeschoss, Brandschutz, Erdbebensicherheit, Einhaltung der Kantonalen Energieverordnung, Gewerbepolizeiliche Auflagen fehlen. Es besteht ein Risiko, dass bei der Sanierung höhere Investitionskosten anfallen.
---	---

Antrag 6

Neu

Bei der Ausschreibung des Gebäudes zielte die Verkäuferin darauf ab, dass der aufgelaufene Unterhalt behoben wird und somit die Instandsetzungsarbeiten ausgeführt werden.	Bei den im vorliegenden Projekt minimal gehaltenen Sanierungsarbeiten verbleibt das Gebäude im wachsenden Schaden, und es müssen zu einem späteren Zeitpunkt Mittel für dessen Korrektur bereitgestellt werden.
--	---

Der *Vorsitzende* berichtigt, dass der Antrag 3 der nicht eingerechneten Parkplatzabgabe beim Projekt „Kulturzentrum“ obsolet ist, da der Stadtrat beschossen hat, dass die Parkplatzabgabe bei beiden Projekten eingerechnet wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt Antrag 1 der SVPplus-Fraktion zu (39 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 134
2. Der Stadtrat stimmt Antrag 3 der SVPplus-Fraktion zu (49 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen). Abst.-Nr. 135
3. Die SVPplus-Fraktion zieht Antrag 4 zurück.
4. Der Stadtrat lehnt Antrag 5 der SVPplus-Fraktion ab (30 Ja, 37 Nein, 4 Enthaltungen). Abst.-Nr. 136
5. Der Stadtrat lehnt Antrag 6 der SVPplus-Fraktion ab (30 Ja, 37 Nein, 5 Enthaltungen). Abst.-Nr. 137

Antrag 1 GB/JA!-Fraktion zu Seite 9

Ergänzen in "Die beiden Angebote im Vergleich" "Projekt Kulturzentrum" (Ergänzung fett): „Nutzung: vorwiegend kulturell (**Zentrum für Kulturproduktion, Turnhalle, Aula und Hof**) sowie kommerziell (Gastrobetrieb und Büros)“

Antrag 2 GB/JA!-Fraktion zu Seite 9

(Ersetzen im ersten ganzen Abschnitt):

Eine kommerzielle Nutzung erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der Baurechtzins langfristig bezahlt werden kann. (**Streichen:** „Obwohl der Baurechtzins nicht übermässig hoch ist, müssten die Mieten für Kulturschaffende erheblich erhöht werden. Damit besteht ein Leerstandsrisiko.“ und **ersetzen durch:**) "**Bei einer kulturellen Nutzung müssen die heute sehr kostengünstigen Mieten um 30% erhöht werden.**"

Antrag SP/JUSO-Fraktion zu Seite 9

(Streichung des zweitletzten Punktes in der Gegenüberstellung und Anpassung im darauffolgenden Text): „Das Projekt „Doppelpunkt“ saniert und verbessert das Gebäude *schneller* und vollständig, das Projekt „Kulturzentrum“ saniert zu Beginn nur das Nötigste und renoviert **e-tappenweise** weiter.“

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt Antrag 1 der GB/JA!-Fraktion zu (58 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen). Abst.-Nr. 138
2. Der Stadtrat stimmt Antrag 2 der GB/JA!-Fraktion zu (40 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 139
3. Der Stadtrat lehnt den SP/JUSO-Antrag ab (33 Ja, 35 Nein, 3 Enthaltungen). Abst.-Nr. 140

Anträge SVPplus-Fraktion

1. zu Seite 3, rechte Spalte, zweiter Absatz

~~„Das Projekt ‚Doppelpunkt‘ sieht ein Gesundheitszentrum mit Arztpraxen, Therapieangeboten, einer Apotheke, Wellness etc. sowie Raum für eine Schule und Büros vor...“~~ und ersetzen durch neuen Text:

„Das Projekt ‚Doppelpunkt‘ sieht ein vielfältig genutztes Zentrum für Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Gesundheit (Arztpraxen, Therapieangeboten, Apotheke etc.) und Kultur vor.“

2. zu Seite 3, rechte Spalte letzter Absatz, zweite Zeile

.....für eine **kulturelle-, bildungs- und kommerzielle Nutzung**, eine zweite.....

Christine Michel (GB): Wir sind mit diesen Anträgen nicht einverstanden. Das Projekt Doppelpunkt wird als kulturelle und bildungspolitische Institution dargestellt statt als kommerzielle. Wenn man den Mieterspiegel der Allreal anschaut, sieht man, dass die Gesundheit mit 41 Prozent vertreten ist, Kultur mit 38 Prozent und Bildung mit 20 Prozent. Deshalb lehnen wir die Anträge der SVPplus Fraktion zu Seite 12 und 13 ab, weil sie nicht dem Projekt Doppelpunkt entsprechen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 der SVPplus zu Seite 3 ab (30 Ja, 35 Nein, 6 Enthaltungen). Abst.-Nr. 141
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 der SVPplus zu Seite 3 ab (31 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 142
3. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Abstimmungsbotschaft (Schlussabstimmung) zu (65 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 143

Der Beschluss lautet:

- I Der Stadtrat genehmigt die Vorlage für den Übertrag der Liegenschaft ehemaliges Progymnasium vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen; Abgabe der Liegenschaft im Baurecht und Überführung der Bodenparzelle vom Finanz- ins Fondsvermögen.
(42 Ja, 26 Nein, 4 Enthaltungen)
- II Der Gemeinderat wird beauftragt, die folgenden Eckpunkte in einem allfälligen Baurechtsvertrag zwischen der Baurechtsnehmerin (Künstlerinitiative pro PROGR) und der Baurechtsgeberin aufzunehmen:
 - a. Der Baurechtsvertrag muss ein Vorkaufsrecht für die Baurechtsgeberin beinhalten. Der Vorkaufspreis darf sich ausschliesslich aus dem von der Baurechtsnehmerin getätigten Kaufpreis und dem Zeitwert der getätigten Sanierungsarbeiten zusammensetzen.
(67 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen)
 - b. Die Baurechtsnehmerin muss einer vorzeitigen Heimfallklausel für das Gebäude an die Stadt zustimmen, welche dann wirksam wird, wenn die Baurechtsnehmerin die anfallenden Kosten nicht mehr selbstständig tragen kann oder wenn vereinbarte Termine (bspw. bezüglich der Sanierungsarbeiten) aus eigenem Verschulden nicht eingehalten werden. Die Heimfallentschädigung darf sich in dem Fall ausschliesslich aus dem von der Baurechts-

nehmerin bezahlten Kaufpreis und dem Zeitwert der getätigten Sanierungsarbeiten zusammensetzen. Die Baurechtsgeberin darf dabei auf keinen Fall für Schulden haften, welche über die Heimfallentschädigung hinausgehen. (68 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen)

- c. Das Baurecht ist lediglich für eine Dauer von 30 Jahren statt 80 Jahren einzuräumen. Vor Ablauf von 30 Jahren wird die Baurechtsgeberin mit der Baurechtsnehmerin über eine Verlängerung des Baurechtsvertrages Verhandlungen aufnehmen. (61 Ja, 2 Nein, 9 Enthaltungen)
- d. Schutzvertrag mit der Denkmalpflege. (58 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen)
Eine Ausführungsgarantie. (58 Ja, 8 Nein, 6 Enthaltungen)

III Der Gemeinderat wird beauftragt, die folgenden Massnahmen umzusetzen:

- a. Der Gemeinderat hat der FSU-Kommission den Baurechtsvertrag vor Unterzeichnung zur Einsichtnahme vorzulegen. (68 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen)
- b. Zwecks Gleichbehandlung beider Angebote sind auch beim Projekt „Zentrum für Kulturproduktion“ die nach gültigem Reglement bestimmten Parkplatzerstattungen zu erheben. (33 Ja, 30 Nein, 10 Enthaltungen)
- c. Die Stadt hat alles zu unternehmen, damit für sie keine finanziellen Risiken entstehen bei einer allfälligen Auflösung der Stiftung Künstlerinitiative Pro Progr. (60 Ja, 8 Nein, 5 Enthaltungen)

IV Den Stimmberechtigten wird die folgende Alternativabstimmung unterbreitet:
(44 Ja, 27 Nein)

Variante A „Projekt Doppelpunkt“

- 1. Das Grundstück Waisenhausplatz 30, Bern Grundbuchblatt 1100, Kreis I (ehemaliges Progymnasium), wird vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen der Stadt Bern übertragen.
- 2. Nach Übertragung des Grundstücks Waisenhausplatz 30 wird die Bodenparzelle der Allreal Generalunternehmung AG in Bern (Investorin Siegerteam) im Baurecht zu einem Baurechtszins von Fr. 320 000.00 pro Jahr abgegeben und das bestehende Gebäude der Allreal Generalunternehmung AG für 2,4 Mio. Franken verkauft. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschliessen.

Variante B „Künstlerinitiative pro PROGR“:

- 1. Das Grundstück Waisenhausplatz 30, Bern Grundbuchblatt 1100, Kreis I (ehemaliges Progymnasium), wird vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen der Stadt Bern übertragen.
- 2. Nach Übertragung des Grundstücks Waisenhausplatz 30 wird die Bodenparzelle dem Verein Künstlerinitiative pro PROGR (allenfalls der noch zu gründenden Stiftung PROGR) im Baurecht zu einem Baurechtszins von Fr. 320 000.00 pro Jahr abgegeben und das bestehende Gebäude dem Verein (bzw. der noch zu gründenden Stiftung) für 2,4 Mio. Franken verkauft. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschliessen.

Stichfrage

Der Stadtrat gibt mit 38 zu 29 Stimmen bei 5 Enthaltungen der Variante „Künstlerinitiative pro PROGR“ den Vorrang vor dem „Projekt Doppelpunkt“.

V Der Stadtrat beauftragt das Büro, die notwendigen materiellen und redaktionellen Änderungen der Abstimmungsbotschaft in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat vorzunehmen und zuhanden der Stimmberechtigten zu verabschieden. (48 Ja, 2 Nein)

Seite 3: Ergänzung, drittletzter Absatz: "Die Investorin würde der Stadt für das Gebäude 2.4 Mio. Franken und für den Boden **ab Zeitpunkt der Nutzung (voraussichtlich Ende 2011)** einen jährlichen Baurechtszins von 320.000 Franken bezahlen.
(61 Ja, 7 Nein)

Seite 9: Ersetzen im ersten ganzen Abschnitt: „Eine kommerzielle Nutzung erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der Baurechtzins langfristig bezahlt werden kann. (**Streichen:** „Obwohl der Baurechtzins nicht übermässig hoch ist, müssten die Mieten für Kulturschaffende erheblich erhöht werden. Damit besteht eine Leerstandsrisiko.“ und **ersetzen durch:**) **„Bei einer kulturellen Nutzung müssen die heute sehr kostengünstigen Mieten um 30% erhöht werden.“**
(40 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen)

Seite 9: (Tabelle)

Die beiden Angebote im Vergleich

Projekt "Doppelpunkt" (Gesundheitszentrum) Kultur, Bildung, Gesundheit (39 Ja, 31 Nein, 2 Enthaltungen)	Projekt "Kulturzentrum"
Parkplatzersatzabgabe 1. Mio. Franken bei den Investitionskosten eingerechnet. Mehrertrag für die Stadt. (49 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen)	Parkplatzersatzabgabe 1. Mio. Franken bei den Investitionskosten eingerechnet. Mehrertrag für die Stadt. (49 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen)
Nutzung: vorwiegend kommerziell (Gesundheitszentrum, Bildung und Gastrobetrieb) und kulturell (Turnhalle, Aula und Hof)	Nutzung: vorwiegend kulturell (Zentrum für Kulturproduktion, Turnhalle, Aula und Hof) sowie kommerziell (Gastrobetrieb und Büros) (58 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen)
Baurechtszins: Fr. 320'000 pro Jahr (ab Ende 2011) (64 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)	Baurechtszins: Fr. 320'000 pro Jahr

Der Stadtrat stimmt der so bereinigten Botschaft zu. (65 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen)

Der *Vorsitzende* schlägt vor, angesichts der fortgeschrittenen Zeit, nicht mehr das Geschäftsreglement Traktandum 2 zu debattieren, sondern die dringliche Interpellation Luzius Theiler.

3 Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Was unternimmt der Gemeinderat zur Sicherung der dauerhaften Existenz des Botanischen Gartens?

Geschäftsnummer 09.000039 / 09/012

Am 19. Juni 2008 hat der Stadtrat sehr deutlich mit 53 Ja, 2 Nein bei 4 Enthaltungen eine dringliche Motion „Gemeinsam Verantwortung übernehmen für den Botanischen Garten!“ erheblich erklärt. Der Gemeinderat wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Regierungsrat des Kantons Bern sowie der Universität Bern unverzüglich die nötigen Massnahmen zu ergreifen und die nötigen Kredite zu sprechen, um die Sanierung und ein nachhaltiges Weiterbestehen dieser Einrichtung zu sichern.

Bereits zuvor hat der Grosse Rat mit 99 zu 38 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine überparteiliche dringliche Motion zur nachhaltigen Sicherung des Bogas und zur Sanierung der Schauhäuser gutgeheissen. Mit der deutlichen Annahme der beiden Motionen schien der Weiterbestand des Bogas gesichert.

Nun hat die Berner Regierung jedoch beschlossen, den Boga vorerst nur dieses Jahr zu finanzieren und die Weiterführung anlässlich der Budgetdebatte im kommenden November dem Grossen Rat zu überlassen. Damit ist eine längerfristige Planung verunmöglicht und die Unsicherheit für die 14 Angestellten des Bogas bleibt bestehen, eine für Stadt und Kanton unverantwortliche Situation.

Die künftige Haltung des Kantons wird auch wesentlich von der Bereitschaft der Stadt, beim Weiterbestand des Bogas mitzuhelfen, abhängen, dient doch der Botanische Garten auch als öffentlicher Park, Erholungsraum für die Bevölkerung sowie als „Dienstleistungs-, Sinnes- und Kulturgarten für das Volk“ (BUND vom 6. Februar 2009). Dabei geht es auch um die Verhinderung eines „Boga-Light“-Konzeptes, das aus finanziellen Gründen die öffentlich zugänglichen Schauhäuser mit ihrem wertvollen und vielfältigen Pflanzenbestand aufheben und in eine Gen-Forschungsanlage mitten in der Stadt umwandeln will.

1. Was hat der Gemeinderat auf Grund des Auftrages des Stadtrates unternommen, um die zukünftige Existenz des Bogas zu sichern?
2. Ist der Gemeinderat bereit, in der gegenwärtigen für den Boga kritischen Situation ein starkes Zeichen für die Erhaltung des Bogas ohne Genforschung zu setzen?
3. Ist der Gemeinderat bereit, dem Stadtrat noch in diesem Jahr eine Kreditvorlage zur Mit-hilfe bei der langfristigen Sicherung des Bogas zu unterbreiten oder den nötigen Betrag im Budget 2010 vorzusehen?

Begründung der Dringlichkeit:

Für das weitere Vorgehen des Kantons ist es von grosser Wichtigkeit, dass die Stadt Bern möglichst bald klar für den Boga Stellung bezieht.

Bern, 12. Februar 2009

Antwort des Gemeinderats

Allgemeines

Der Gemeinderat hat bereits in seiner Antwort auf die Interpellation Catherine Weber/Karin Gasser (GB) vom 10. Januar 2007 sowie auf die Dringliche Motion Fraktion FDP bzw. auf die Dringliche interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, SVP/JSVP mit CVP vom 11. Juni 2008 zum Ausdruck gebracht, dass er die Schliessung des Botanischen Gartens bedauern würde. Ebenso klar hat er festgehalten, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein könne, einen Botanischen Garten mit Alpinum zu betreiben. Ein solcher Garten diene in erster Linie wissenschaftlichen Zwecken und gehöre daher zu den Grundaufgaben der Universität bzw. des Kantons. Zu berücksichtigen sei weiter, dass die Stadt selber eine Vielzahl öffentlicher Grünanlagen betreibe, wozu die vorhandenen Mittel bereits heute nicht ausreichen. Es fehlten jährliche Mittel in der Grössenordnung von rund 2.5 Millionen Franken und der aufgelaufene Sanierungsbedarf werde auf rund 25 Millionen Franken geschätzt. Eine namhafte finanzielle Unterstützung oder gar Übernahme des Botanischen Gartens durch die Stadt komme für den Gemeinderat daher unter den gegebenen finanzpolitischen Voraussetzungen nicht in Frage. Sollte der Kanton hingegen die Stadt in vergleichbarem Umfang von anderen Aufgaben oder finanziellen Verpflichtungen entlasten, wäre die Situation eventuell anders zu beurteilen. Sollten sich zudem andere Formen der Unterstützung als sinnvoll und machbar herausstellen, sei der Gemeinderat gerne bereit, eine entsprechende Anfrage zu prüfen. Dazu erhoffe er sich eine Klärung aus den von der Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün Ende 2006 initiierten Gesprächen mit den am Botanischen Garten beteiligten Partnerinnen und Partnern.

Auf dieser Basis hat die Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün seither verschiedene Gespräche geführt und Einsitz in eine vom kantonalen Erziehungsdirektor einberufene Arbeitsgruppe genommen. Die Gruppe setzte sich daneben aus Vertretungen der Kantonsverwaltung, der Universität Bern, der Stiftung Botanischer Garten sowie der Burgergemeinde Bern zusammen. In diesem Rahmen wurde eine Lösung skizziert, welche die Hauptverantwortung für den Botanischen Garten dort belässt, wo sie schon immer war: beim Kanton bzw. der Universität Bern. Die weiteren involvierten Partnerinnen und Partner erklärten sich aber zu einer im Rahmen ihrer Möglichkeiten gezielten Unterstützung bereit. So sicherte die Bur-

gergemeinde in den nächsten 15 Jahren gezielte Veranstaltungsbeiträge in der Höhe von insgesamt 6 Millionen Franken zu. Sie beteiligt sich allerdings nicht an der Sanierung der Schauhäuser. Weiter ist die Stiftung Botanischer Garten gewillt, künftig eine gartenpädagogische Stelle zu übernehmen. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat seinerseits im November 2008 für die Jahre 2009/2010 eine einmalige Überbrückungshilfe in der Höhe von insgesamt Fr. 200 000.00 in Aussicht gestellt.

Der vom Regierungsrat des Kantons Bern anfangs 2009 präsentierte Finanzierungsvorschlag für den Botanischen Garten basiert auf dieser in der Arbeitsgruppe definierten Grundverteilung der Lasten. Der Regierungsrat hat jedoch zusätzlich beschlossen, den Kantonsbeitrag im Rahmen der kantonalen Budgetdebatte 2010 dem Grossen Rat zur Diskussion zu unterbreiten, da die Sanierung der Schauhäuser erhebliche Mehrkosten auslöst.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1: Der Gemeinderat hat dem Kanton Bern für die Jahre 2009 und 2010 eine Überbrückungshilfe von insgesamt Fr. 200 000.00 zugesichert.

Zu Frage 2: Im geschilderten Rahmen war und ist der Gemeinderat bereit, ein Zeichen für die Erhaltung des Botanischen Gartens zu setzen. Dieses Zeichen muss sich jedoch an den gegebenen Verantwortlichkeiten für den Betrieb des Botanischen Gartens und den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Bern orientieren.

Zu Frage 3: Die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Überbrückungshilfe liegt in der Finanzkompetenz des Gemeinderats. Sie ist im Finanzplan eingestellt.

Bern, 4. März 2009

- Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion. -

Interpellant *Luzius Theiler* (GPB): Der botanische Garten ist etwas Einzigartiges in der Stadt Bern und gerade deshalb hat mich die Antwort des Gemeinderats sehr enttäuscht. Wir haben letztes Jahr fast einstimmig eine Motion überwiesen, die beinhaltet, dass sich der Gemeinderat für den Erhalt des Botanischen Gartens einsetzen und die nötigen Kredite sprechen soll. Seit diesem Zeitpunkt wurde es still um die Motion. Beim Kanton wurde eine Motion überwiesen, die beinhaltet, dass der Botanische Garten erhalten und entsprechend finanziert wird. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass es nicht die Aufgabe der Stadt sei, einen Botanischen Garten mit Alpinum zu betreiben. Der Botanische Garten ist aber weit mehr, als nur ein Garten mit Alpinum. Da gibt es beispielsweise einen Wildgarten oder diverse Schauhäuser und Vitrinen. Ausserdem gibt es eine Insektensammlung und Häuser zu verschiedenen Themen, wie beispielsweise zum Mittelmeer, zu Orchideen, Palmen oder Farnen. Der Botanische Garten ist weit mehr, als in der Antwort des Gemeinderats dargelegt wird. Die Antwort des Gemeinderats ist sehr unbefriedigend. Der Gemeinderat schreibt, dass er für die Jahre 2009 und 2010 eine Überbrückungshilfe von 200'000 Franken gesprochen hat, also 100'000 Franken pro Jahr. Das ist besser als nichts, aber natürlich völlig ungenügend. Nötig wäre ein Kredit von rund 250'000 Franken. Sonst senden wir kein Zeichen an den grossen Rat, wenn er in der Budgetdebatte nochmals über das Schicksal des Botanischen Gartens entscheiden wird. Dort wird man sich dann die Frage stellen, was die Stadt Bern zum Botanischen Garten beiträgt. Mit seiner Antwort setzt der Gemeinderat kein eindeutiges Zeichen. Nichts entspricht der überwiesenen Motion. Sie müssen auch daran denken, dass wir Arbeitsverträge bis Ende Dezember 2009 haben. Die 14 Angestellten leben seit Jahren mit der unsicheren Lage des Botanischen Gartens. Ich bitte den Gemeinderat dringend, eine richtige Vorlage für die Finanzierung auszuarbeiten. So können wir dann richtig darüber abstimmen und dem Kanton ein Zeichen geben, was die Stadt will und was nicht.

Fraktionserklärungen

Beat Zobrist (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 19. Juni 2008 mit 53 Ja zu 2 Nein bei 4 Enthaltungen die dringliche Interfraktionelle Motion gutgeheissen. Sie hat den Gemeinderat beauftragt, seine Verantwortung wahrzunehmen und gemeinsam mit dem Regierungsrat und der Universität unverzüglich die nötigen Massnahmen zu ergreifen und die nötigen Kredite zu sprechen um „die Sanierung und ein nachhaltiges Weiterbestehen dieser Einrichtung zu sichern.“ Das ist eine echte Motion. Es ist schon gut, dass der Gemeinderat Gespräche geführt hat, dass er Einsitz in eine Arbeitsgruppe genommen hat und weiterhin die Haltung vertritt, dass in erster Linie der Kanton für den Botanischen Garten zuständig ist. Es ist auch gut, dass der Gemeinderat 200'000 Franken für die Jahre 2009/2010 bereitstellt. Es ist aber überhaupt nicht gut, dass der Gemeinderat diese Kredite als einmalige Überbrückungshilfe bezeichnet. Der Auftrag des Stadtrats lautet völlig anders und hat weder mit Überbrückungshilfe noch mit Nachhaltigkeit zu tun. Es ist völlig unbegreiflich, dass sowohl die Stadt, als auch der Kanton ausgerechnet den botanischen Garten ausgewählt haben, um ihren Spareifer zu beweisen. Noch unbegreiflicher und beelender ist die Tatsache, dass ausgerechnet Exekutivmitglieder, die vom Volk als Grüne gewählt wurden, den Botanischen Garten zum Prügelknaben ausgewählt haben. Sie haben sich wohl das Ziel gesetzt, sich das grünste Juwel der Stadt mit Pokermine möglichst wenig oder gar nichts kosten zu lassen. Gemessen am Gesamtumsatz des städtischen Budgets von eine Milliarde machen 200'000 Franken nur 0,2 Promille oder 1 Fünftausendstel aus. Wir wissen nicht, weshalb der Botanische Garten den Sparwillen der Regierung derart aktiviert. Wir wissen aber, dass wir den Botanischen Garten für die Öffentlichkeit erhalten wollen und erinnern den Gemeinderat daran, dass diese Motion verbindlich ist und es hier nicht um eine einmalige Überbrückungshilfe geht.

Natalie Imboden (GB) für die GB/JAI-Fraktion: Der Botanische Garten ist unbestritten ein wichtiger Ort. Es ist notwendig, dass der Gemeinderat diese Überbrückungsmassnahmen beschossen hat, vor allem weil es hier darum geht, gewisse Anstellungsverhältnisse und den kurzfristigen Betrieb zu sichern. Es ist auch unbestritten, dass eine langfristige tragbare Finanzierung benötigt wird. Auch der Kanton muss eine Rolle übernehmen. Der Kanton hat gesagt, dass er in der kantonalen Budgetdebatte die entsprechenden Anträge stellen wird. Diese Debatte hat auch der Stadtrat vor sich. Daher ist eigentlich alles aufgegleist. Ich appelliere an diejenigen, die den Botanischen Garten retten wollen – das geht von ganz links bis ganz rechts – ihre Parteien im Grossrat zu mobilisieren, damit für den botanischen Garten die notwendigen finanziellen Massnahmen gesprochen werden. An die Bürgerlichen: Man muss sich überlegen, ob man die Steuern senken oder den botanischen Garten erhalten will. Das müssen Sie sich nochmals überlegen. Ich hoffe, dass Sie zum Schluss kommen, dass es sinnvoller ist, in wichtigen Bereichen Ausgaben zu tätigen wie beispielsweise beim botanischen Garten, anstatt die Steuern für ein paar Reiche im Kanton zu erleichtern. Deshalb der Appell an die Bürgerlichen und an die Linken, im Grossrat zu mobilisieren statt; zu lamentieren.

Einzelvotum

Regula Fischer (GPB): Ich habe noch einige Ergänzungen zum Votum von Luzius Theiler, die vor allem die Frage 2 betreffen. Die Frage lautet: Ist der Gemeinderat bereit, in der gegenwärtigen für den Botanischen Garten kritischen Situation ein starkes Zeichen für die Erhaltung ohne Genforschung zu setzen? Die Antwort auf diese Frage ist sehr enttäuschend und unklar. Letztlich beantwortet sie auch nicht die Frage der Technologie. Der Gemeinderat weist in seiner Antwort auf die Fremdverantwortlichkeit hin. Dafür habe ich auch Verständnis. Wir sind

uns alle bewusst, dass die Entscheidungen in diesen Fragen vor allem dem Kanton vorbehalten sind. Der Gemeinderat könnte aber ein minimales Engagement wahrnehmen. Ich fordere ihn auf, sich für den Botanischen Garten, der etwas Einzigartiges ist, zu engagieren. Die Gefahr, dass die Schauhäuser und Vitrinen, die bis anhin für die Öffentlichkeit und für Schulen zugänglich waren, in Genforschungszentren umgewandelt werden, soll verringert werden. Das wäre mit einer klaren Stellungnahme des Gemeinderats möglich. Zu den Finanzen: 200'000 Franken pro Jahr als Grundunterstützung des botanischen Gartens ist nicht allzu viel. Schliesslich geben wir jährlich allein für die Sporthalle Wankdorf 2 Millionen Franken aus. Ich gehe beispielsweise sehr selten in die Sporthalle Wankdorf. Viele meiner Bekannten besuchen die Wankdorfhalle nie. 200'000 Franken würde die Wichtigkeit des Botanischen Gartens untermauern. Ich danke dem Gemeinderat, falls er in dieser Frage etwas unternimmt.

Direktorin SUE *Regula Rytz*: Der botanische Garten gehört dem Kanton Bern. Das war schon immer so. Er gehört auch weiterhin dem Kanton Bern. Wir haben keine Entscheidungsmöglichkeiten und können auf das Geschehen im Botanischen Garten keinen Einfluss nehmen. Wir konnten auch nicht beim Botanischen Garten sparen, da er bisher zu 100 Prozent durch den Kanton Bern finanziert wurde. Daher weise ich alle Vorwürfe an den Gemeinderat zurück. 100'000 Franken sind ein starkes Zeichen. Schon bald werden wir wieder eine Finanzdebatte führen, die uns und den Kanton in finanzpolitisch schwierige Situationen bringt. Die Finanzprognosen lassen erahnen, dass schwierige Zeiten auf uns zukommen. Wir konnten im Stadtrat schon erbittert über 20'000 Franken oder 30'000 Franken streiten. Das Budget des Kantons ist zehnmal höher als jenes der Stadt Bern. Also entsprechen 100'000 Franken der Stadt einer Million Franken des Kantons. Das ist ein sehr starkes Zeichen für den Botanischen Garten. Das wird sicher auch in der Stadt Bern zu einem Nachkredit führen.

Beschluss

Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden.

- Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 2 und 4 bis 6 auf eine spätere Sitzung.

Eingänge

Es werden eine Dringliche Interpellation, zwei Motionen und drei Postulate eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Beschädigter Sozialdienst – was unternimmt der Gemeinderat?

Der Sozialdienst nimmt grossen Schaden durch die Igelmentalität und Verweigerungshaltung der Sozialdirektorin und des Gemeinderates. Seit über zwei Jahren ist die Kritik da – sie wurde mittlerweile von fünf (!) Instanzen als berechtigt bestätigt, auch von der betroffenen Sozialdirektorin selbst. Trotzdem besteht die Abwehrhaltung weiter und löst immer neu die Diskussion aus. Zuerst war „alles in Ordnung“, dann kam der „Nachvollzug“ erster Eingeständnisse. Dann wieder Verweigerung, Behinderung eines vom Parlament eingesetzten Ausschusses. Dann Zurückhalten eines Berichtes der städtischen Revisions- und Kontrollinstanz. Schliesslich falsche Aussagen. Die Massnahmen, die in Umsetzung stehen, sind völlig unabhängig von den verschiedenen eingeforderten Berichten entstanden. Die Vorschläge des Finanzinspektorats sind in keiner Weise in das (im Februar 2008!) entstandene Massnahmenpaket eingeflossen. Sie werden nur im Schlussbericht aufgelistet. Die Spitze der Sozialdirektion hat jede Glaubwürdigkeit verloren, selbst echte, gute Massnahmen würden nicht mehr ernst genommen.

Wir richten folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Wie gedenkt der Gemeinderat das Steuer herumzureissen?
2. Wie will der Gemeinderat das Image der Sozialdirektion verbessern?
3. Wie will der Gemeinderat das verlorene Vertrauen zurückgewinnen?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Probleme sind akut und rufen dringend nach einer schnellen Lösung. Es ist bereits genug Schaden entstanden.

Bern, 05. März 2009

Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Dolores Dana, Pascal Rub, Hans Peter Aeberhard, Jacqueline Gafner Wasem, Bernhard Eicher

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Motion Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Qualifizierte Wettbewerbsverfahren im Bau- und Planungsprozess

Ausgangslage

Wettbewerbe sind wichtig und stärken die städtebauliche Qualität. Sie müssen aber gut durchgeführt werden. Der „Wettbewerb“ beinhaltet einen ganzen Prozess.

Der SIA hat 2007 gemeinsam mit akademischen und technischen Vereinen, der Stadt Zürich, dem Fürstentum Lichtenstein, dem Kanton Basel-Stadt, der ETHZ, der EPFL sowie der Architekturakademie in Mendrisio eine Stiftung „Forschung Planungswettbewerbe“ gegründet. Die Ziele der Stiftung sind, den in Wettbewerben geschaffenen Wissensfundus erforschen und sichern und somit auch ein Gedächtnis des Ungebauten schaffen. Die Wettbewerbe sollen also auch als Kulturgut archiviert werden.

Die Wettbewerbskommission des SIA hat die Aufgabe, Wettbewerbsprogramme zu begutachten und den Wettbewerb zu fördern. Dabei setzt sie sich für das offene Verfahren im Wettbewerbswesen, insbesondere für den einstufigen, anonymen Wettbewerb, ein. Das Wettbewerbswesen verfügt über eine 150-jährige Tradition und ist zudem teilweise gesetzlich verankert (Bundesgesetz und Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen).

Situation in Bern

Gegenüber der Stadt Bern wird immer wieder Kritik im Bereich der Wettbewerbe laut:

- In jeder Direktion werden Wettbewerbe wenn überhaupt nach unterschiedlichen Kriterien und unkoordiniert durchgeführt. Hier einige Beispiele: die TVS zusammen mit BERNMOBIL beim Breitenrainplatz und beim Tramdepot; die BSS bei den Sporthallen Weissenstein; der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zum Stöckacker Süd; ewb bei der KVA; das Stadtplanungsamt bei der Feuerwehr.
- Teilweise laufen mehrere Wettbewerbe auf einem städtischen Areal (Schlachthofareal) mit unterschiedlichen möglichen Investoren (Losinger, SBB), bevor das Stadtplanungsamt einen städtebaulichen Wettbewerb durchführen kann.
- Auf grossen Arealen (Schlachthofareal) finden nur Einladungswettbewerbe und erst noch mit geringer Teilnehmerzahl (Losinger mit nur zwölf Teilnehmern) statt. An der Mingerstrasse wollte Postfinance ebenfalls nur zwölf Teilnehmer einladen, erhöhte nach der Kritik in der PVS die Zahl zumindest auf 17.
- Investorenwettbewerbe werden ohne vorherige Nutzungsfestlegung durchgeführt (z.B. beim PROGR).
- Nach Auffassung schweizerischer Fachverbände betreibt die Stadt Bern mit ihrem Umgang betreffend Eignungsnachweise einen exzessiven Formalismus und unterlaufe in einzelnen Fällen zudem das Anonymitätsprinzip, indem während des laufenden Wettbewerbsverfahrens weitere Unterlagen von bestimmten Teilnehmern angefordert werden.

Die in der Stadt Bern offensichtlich unbefriedigende Praxis, nicht zuletzt mit vermehrten Investorenwettbewerben, Wettbewerben auf Einladung und sogenannten Präqualifikationsverfahren (Prof. Martin Steinmann bezeichnete bereits 1997 das Präqualifikationsverfahren als „Notrecht“) führt dazu, dass

- eine Förderung von jungen Büros verhindert, also Nachwuchs gezielt ausbremst wird,
- die Stadt die Nutzungsvorstellungen in der Stadtentwicklung den privaten Investoren überlässt,
- die Stadt von den Wettbewerbsteilnehmern zwar einen hohen Detaillierungsgrad und damit einen grossen Aufwand erwartet, selbst aber die aufgestellten Kriterien dann doch nicht einhalten kann.

Antrag an den Gemeinderat:

1. Die Planungs- und Bauqualität ist auch in Bern mit einer gut definierten und umgesetzten Wettbewerbspraxis zu fördern.
2. Zur Sicherung der Wettbewerbsqualität sind diese Aufgaben in einem Amt zu koordinieren und zu konzentrieren.
3. Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat ein Reglement, welches Kriterien und Vorgehen bei Wettbewerben regelt.

Bern, 05. März 2009

Motion Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Nicola von Greyerz, Rithy Chheng, Ursula Marti, Andreas Flückiger, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Giovanna Battagliero, Daniela Schäfer, Hasim Sönmez, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Corinne Mathieu

Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO (Cristina Anliker-Mansour, GB/JA!/Rania Bahnan, GFL/Miriam Schwarz, SP): Empowerment-Ansatz während der Berufswahlphase sowie Einsatz von „flying wisniñas“

„wisniña - Junge Migrantinnen zwischen Schule und Beruf“ ist ein Empowerment-Angebot des Christlichen Friedensdiensts (cfd). In der Migrationspolitik nimmt der cfd Stellung gegen Ausschluss und Ausgrenzung aufgrund der Herkunft und setzt sich für Frauenrechte ein.

Schülerinnen mit Migrationshintergrund sind bei der Berufswahl in doppelter Hinsicht von Chancenungleichheit betroffen: Wegen ihrer Herkunft und wegen ihres Geschlechtes. Junge Migrantinnen in der Schweiz haben dreimal häufiger als Schweizerinnen keine Berufsausbildung. Auch im Vergleich zu Schülern mit Migrationshintergrund stehen die Mädchen schlechter da. Unter Ziel 6 der Strategie zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hat die Stadt Bern sich vorgenommen, den Zukunftsperspektiven und der Chancengleichheit in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besondere Beachtung zu schenken.

Das Angebot wisniña setzt sich für diese Zielgruppe ein. Die „Flying-wisniñas“ (Beilagen können im Ratssekretariat eingesehen werden) gestalten in den Schulen eine Doppelktion zum Thema „Migrantinnen und Berufsausbildung“. Sie erzählen von ihren Erfahrungen bei der Berufswahl, der Lehrstellensuche und der Ausbildung. Das Angebot motiviert die jungen Frauen, einen qualifizierten Beruf zu erlernen und ermutigt sie, sich beharrlich für eine Ausbildung einzusetzen. Es sensibilisiert die Lehrerinnen und Lehrer und stellt durch den Empowerment-Ansatz Bedürfnisse und Ressourcen der Schülerinnen ins Zentrum. Hier handelt es sich um ein einmaliges Angebot. Da die Flying-wisniñas selber einen Migrationsprozess gemeistert haben, sind sie sehr authentisch und wirken sehr glaubwürdig. Die bestehenden Angebote wie z.B. Inizio, Motivationssemester und BIAS sind Massnahmen für Jugendliche ohne Anschlusslösung. Das wisniña-Projekt ist ein rein präventives Angebot und sollte als eine Vorstufe zum Case Management verstanden werden.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Forderungen zu erfüllen:

1. Die Weiterführung von „wisniña“ für Lehrstellensuchende Migrantinnen und Integration in das reguläre Angebot der Stadt Bern oder Erstellung eines Leistungsvertrages mit dem christlichen Friedensdienst.
2. Die Flying-wisniñas sollten als Bestandteil des regulären Angebots in das Berufswahlkonzept bei allen Schulen aufgenommen werden.

Bern, 05. März 2009

Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO (Cristina Anliker-Mansour, GB/JA!/Rania Bahnan, GFL/Miriam Schwarz, SP): Aline Trede, Emine Sariaslan, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher, Hasim Sancar, Nicola von Greyerz, Natalie Imboden, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Anna Magdalena Linder, Nadia Omar, Daniela Lutz-Beck, Erik Mozza, Susanne Elsener, Conradin Conzetti, Peter Künzler, Daniel Klauser, Ursula Marti, Rithy Chheng, Gisela Vollmer, Andreas Flückiger, Leyla Gül, Giovanna Battagliero, Beat Zobrist, Daniela Schäfer, Corinne Mathieu, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Beni Hirt, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Thomas Göttin, Urs Frieden

Postulat Rolf Zbinden, (PdA): Teuerungsausgleich für SozialhilfeempfängerInnen

Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt gemäss SKOS-Richtlinien wird per 2010 nicht der Teuerung angepasst. Ausschlaggebend für diesen unsozialen Beschluss der SKOS sind die Berechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS). Gemäss den definitiven Zahlen des BFS beträgt die kumulierte Teuerung zwischen 2004 und 2008 für den SKOS-Index lediglich 1,37 Punkte. Für eine Einzelperson macht das rund 13 Franken aus. Bei einer vierköpfigen Familie

sind es 28 Franken, das ist soviel, wie pro Tag für Lebensmittel zur Verfügung steht. Weil diese geringe Anhebung nicht im Verhältnis zum damit verbundenen administrativen Aufwand stehe, verzichtet die SKOS auf eine Anpassung des Grundbedarfs. Dass dieser Zustand unhaltbar ist, gesteht die SKOS auf ihrer Webseite selber ein. Zitat: „Um diese unbefriedigende Situation zukünftig zu verhindern, möchte die SKOS die Teuerung längerfristig mittels Automatismus anpassen“.

Besonders stossend ist, dass die geringe Erhöhung des Grundbedarfs zum Argument wird, den Teuerungsausgleich den SozialhilfeempfängerInnen vorzuenthalten, obwohl die SKOS in ihren Richtlinien eine regelmässige Anpassung des Grundbedarfs an die Teuerung vorsieht.

Gerade SozialhilfeempfängerInnen mit oder ohne Arbeit (im Kanton Bern leben 3'100 Personen, die voll arbeiten und gleichzeitig auf Sozialhilfe angewiesen sind!) leiden unter der Teuerung der Lebensmittelpreise, weil diese Warenart den Grossteil ihrer Ausgaben ausmacht, während sie vom Preisrückgang bei langlebigen Konsumgütern nichts spüren, weil sie sich diese gar nicht leisten können.

Die PdA verlangt vom Gemeinderat, bei der SKOS zu intervenieren und darauf hinzuwirken:

1. dass die gegenwärtigen Unterstützungsrichtlinien noch 2009 der Teuerung angepasst werden, ausgehend von den Indexwerten von Sommer 2004;
2. dass ab 2010 in den SKOS-Unterstützungsrichtlinien eine Regelung des jährlichen Teuerungsausgleichs eingefügt wird.

Bern, 05. März 2009

Postulat Rolf Zbinden, PdA: Luzius Theiler, Regula Fischer, Ruedi Keller, Miriam Schwarz, Andreas Flückiger, Nicola von Greyerz, Emine Sariaslan, Cristina Anliker-Mansour, Lea Bill, Rithy Chheng, Ursula Marti, Daniela Schäfer, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Giovanna Battagliero, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Leyla Gül, Beat Zobrist, Rahel Ruch, Aline Trede, Hasim Sancar, Stéphanie Penher, Christine Michel

Postulat Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): Keine Zwischennutzung mehr von Städtischen Liegenschaften

Da es sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass Zwischennutzungen von Liegenschaften die der Stadt gehören, immer wieder Schwierigkeiten bringen, ist in der Zukunft von solchen „auf Zeitvermietungen“ abzusehen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, auf Zwischennutzungen von stadteigenen Liegenschaften an Aussenstehende zu verzichten und eine übergangslose Vermietung (Verkauf) zu gewährleisten.

Bern, 05. März 2009

Postulat Fraktion SVPplus (Jimmy Hofer, parteilos): Bernhard Eicher, Pascal Rub, Erich J. Hess, Manfred Blaser, Peter Wasserfallen, Dieter Beyeler, Hans Peter Aeberhard, Jacqueline Gafner Wasem, Simon Glauser, Thomas Weil, Philippe Müller, Christoph Zimmerli, Dolores Dana

Postulat Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD): Fussgängerstreifen – die „todsichere Falle“ dank einem internationalen Gesetz – auch in Bern

Die heutige Regelung für das Überqueren des Fussgängerstreifens (Vortritts-Neuregelung) entspricht dem internationalen Übereinkommen über die Strassenverkehrsregeln inklusive Signalisierung, dem auch die Schweiz seinerzeit (vor rund acht Jahren) beigetreten ist.

Seither werden die Fussgängerstreifen in zunehmendem Masse zur tödlichen Gefahrenzone, die Zahl der Schwerverletzten sowie auch die der tödlich Verunfallten pro Jahr haben einen Anteil von rund zwanzig Prozent erreicht. Dies, entgegen dem allgemeinen Trend zu sinkenden Unfallzahlen. Auf eine Million Einwohner wurden drei Personen auf einem Fussgängerstreifen angefahren und dabei tödlich verletzt. Mit dieser Statistik belegt die Schweiz (neben Norwegen und Italien) einen der Spitzenplätze in Europa, kaum in einem anderen europäischen Land ist das Überqueren eines Fussgängerstreifens gefährlicher.

Die Aufmerksamkeit vieler Verkehrsteilnehmer hat nachgelassen. Somit müssen als Folge die Normen nicht nur konsequenter durchgesetzt, sondern eben auch verbessert und angepasst werden, auch wenn klar ist, dass zur Zeit keine Patentrezepte vorhanden sind.

Als Beispiel möglicher Massnahmen gelten sowohl:

- Verbreiterte Fussgänger-Wartezonen
- Effizientere Beleuchtung
- Flächige Übergänge
- Verbesserte Signalisation
- Bessere Sichtbarkeit
- Handzeichen

Insbesondere kann dadurch erreicht werden, dass sich Automobilisten wieder bewusster werden, dass Vortritt gewährt werden muss und auch dem Fussgänger, dass der Vortritt seinerseits nicht erzwungen werden darf.

In diesem Sinne wird der Gemeinderat beauftragt zu überprüfen, welche Massnahmen zur Umsetzung als geeignet zu betrachten sind, um damit die Sicherheit bei Fussgängerstreifen zu erhöhen.

Bern, 05. März 2009

Postulat Fraktion SVPplus (Dieter Beyeler, SD): Peter Bühler, Peter Wasserfallen, Peter Bernasconi, Manfred Blaser, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Erich J. Hess, Jimmy Hofer, Thomas Weil

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Franziska Meyer*

Anhang zu Protokoll Nr. 7 | Stadtratssitzung, 5. März 2009

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:21 - 105

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Begert	Thomas	BDP	Nein
Bernasconi	Peter	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzett	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elbener	Susanne	GFL	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Nein
Hofer	Jimmy	parteilos	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Kohli	Vania	BDP	Nein
Kündler	Peter	GFL	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sariașian	Emine	GB	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein

Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greycz	Nicola	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Enth.
Gafner	Jacqueline	FDP	Enth.
Hirt	Berni	SP	Enth.
Köpfl	Michael	GLP	Enth.
Linder	Anna Magdalena	GFL	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Mozsa	Erik	GFL	Enth.
Trede	Aline	GB	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:22 - 106

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzett	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elbener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Berni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Kündler	Peter	GFL	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja

Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariașian	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greycz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Enth.
Keller	Ruedi	SP	Enth.
Theiler	Luzius	GPB-DA	Enth.
Zbinden	Rolf	PdA	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Hess	Erich J.	JSVP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:22:00

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:22:35

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:23 - 107

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Conzett	Conradin	GFL	Nein
Elbener	Susanne	GFL	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Kündler	Peter	GFL	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariașian	Emine	GB	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja

Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Berni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greycz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Theiler	Luzius	GPB-DA	Enth.
Zbinden	Rolf	PdA	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:23 - 108

Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzett	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elbener	Susanne	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Berni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Kündler	Peter	GFL	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja

Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariașian	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greycz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Enth.
Theiler	Luzius	GPB-DA	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:23:18

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:23:59

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:24 - 109

Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Kohli	Vania	BDP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzatti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Göth	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Kündler	Peter	GFL	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja

Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariassan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greizer	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Enth.
Flückiger	Andreas	SP	Enth.
Hirt	Beni	SP	Enth.
Keller	Ruedi	SP	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Mathieu	Corinne	SP	Enth.
Theiler	Luzius	GPB-DA	Enth.
Zbinden	Rolf	PdA	Enth.
Zobrist	Beat	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:28 - 110

Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzatti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Göth	Thomas	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja

Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariassan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
von Greizer	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Hirt	Beni	SP	Enth.
Schuler	Rolf	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 05.03.2009 21:24:32

Datum / Zeit des Ausdrucks: 05.03.2009 21:28:48

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:29 - 111

Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Göth	Thomas	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Kündler	Peter	GFL	Ja

Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariassan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
von Greizer	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Conzatti	Conradin	GFL	Enth.
Grosjean	Claude	parteilos	Enth.
Hirt	Beni	SP	Enth.
Köpfl	Michael	GLP	Enth.
Linder	Anna Magdalena	GFL	Enth.
Mordini	Patrizia	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:29 - 112

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Göth	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Kündler	Peter	GFL	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariassan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein

Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greizer	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Enth.
Elsener	Susanne	GFL	Enth.
Schneider	Martin	parteilos	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdrucks: 05.03.2009 21:29:17

Datum / Zeit des Ausdrucks: 05.03.2009 21:29:46

Anhang zu Protokoll Nr. 7 | Stadtratssitzung, 5. März 2009

Stadtrat der Stadt Bern

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Gölin	Thomas	SP	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:30 - 113

Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Grosjean	Claude	partellos	Enth.
Klauser	Daniel	GFL	Enth.
Trachsel	Martin	EVP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzatti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Gölin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	partellos	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:30 - 114

Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Enth.
Trachsel	Martin	EVP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 21:30:17

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 21:30:47

Stadtrat der Stadt Bern

Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzatti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gölin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	partellos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:31 - 115

Köpfl	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gölin	Thomas	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzatti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:35 - 116

Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Enth.
Cottagnoud	Philippe	BDP	Enth.
Flückiger	Jan	GLP	Enth.
Gafner	Jacqueline	FDP	Enth.
Grosjean	Claude	partellos	Enth.
Gül	Leyla	SP	Enth.
Köpfl	Michael	GLP	Enth.
Linder	Anna Magdalena	GFL	Enth.
Mathieu	Corinne	SP	Enth.
Mozsa	Erik	GFL	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 21:31:35

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 21:35:16

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:35 - 117

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	partellos	Nein
Gul	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Klausner	Daniel	GFL	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Ömar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schneider	Martin	partellos	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein

Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:36 - 118

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	partellos	Nein
Gul	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Klausner	Daniel	GFL	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Künzler	Peter	GFL	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Ömar	Nadia	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein

Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Enth.
Trachsel	Martin	EVP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:35:49

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:36:19

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:37 - 120

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	partellos	Nein
Gul	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein

von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Ömar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Bahnan Buechi	Rania	GFL	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Müller	Philippe	FDP	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:41 - 121

Bill	Lea	JAI	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	partellos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gul	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	partellos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja

Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Ömar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	Enth.
Keller	Ruedi	SP	Enth.
Lehmann	Annette	SP	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Trede	Aline	GB	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:37:54

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:41:31

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:41 - 122

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariassan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein

Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsemer	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vanja	BDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Onar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:42 - 123

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariassan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein

Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsemer	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vanja	BDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Onar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Meier	Claudia	BDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:41:59

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:42:30

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:43 - 124

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariassan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja

Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsemer	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vanja	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Onar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-21:43 - 125

Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Begert	Thomas	BDP	Nein
Bernasconi	Peter	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hofer	Jimmy	parteilos	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Kohli	Vanja	BDP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Elsemer	Susanne	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja

Imboden	Natalie	GB	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Onar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariassan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Gubser	Beat	EDU	
Hirsbrunner	Kurt	BDP	
Imhof	Mario	FDP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:43:21

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:44:09

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:45 - 126

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Köpfl	Michael	GLP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Büechi	Rania	GFL	Ja

Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Varia	BDP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Enth.
Leibundgut	Edith	CVP	Enth.
Mathieu	Corinne	SP	Enth.
Schäfer	Daniela	SP	Enth.
Zobrist	Beat	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-21:46 - 127

Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Büechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Varia	BDP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja

Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aeberhard	Hanspeter	FDP	
Aebersold	Michael	SP	
Bertschy	Kathrin	GLP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Blaser	Manfred	SVP	
Eicher	Bernhard	JF	
Falkner	Anastasia	FDP	
Flückiger	Andreas	SP	
Flückiger	Jan	GLP	
Frieden	Urs	GB	
Glauser	Simon	SVP	
Grosjean	Claude	parteilos	
Gubser	Beat	EDU	
Gül	Leyla	SP	
Hess	Erich J.	JSVP	
Imboden	Natalie	GB	
Imhof	Mario	FDP	
Köpfl	Michael	GLP	
Künzler	Peter	GFL	
Leibundgut	Edith	CVP	
Lutz-Beck	Daniela	GFL	
Schneider	Martin	parteilos	
Schwarz	Miriam	SP	
Sollberger	Tanja	GLP	
Streit-Stettler	Barbara	EVP	
Weil	Thomas	SVP	
Werli	Béatrice	CVP	
Zbinden	Rolf	PdA	
Zobrist	Beat	SP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:45:35

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 21:46:49

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-22:02 - 128

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Büechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja

Elsener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Varia	BDP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Enth.
Hirt	Beni	SP	Enth.
Jordi	Stefan	SP	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-22:03 - 129

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Bahnan Büechi	Rania	GFL	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Begert	Thomas	BDP	Nein
Bernasconi	Peter	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elsener	Susanne	GFL	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hofer	Jimmy	parteilos	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Kohli	Varia	BDP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Omar	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja

Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Hirsbrunner	Kurt	BDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:02:18

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:03:16

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:08 - 130

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Köpfli	Michael	GLP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja

Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elserner	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omair	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Enth.
Leibundgut	Edith	CVP	Enth.
Mathieu	Corinne	SP	Enth.
Schäfer	Daniela	SP	Enth.
Zobrist	Beat	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:08 - 131

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Bernasconi	Peter	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Nein
Hofer	Jimmy	parteilos	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Kohli	Vania	BDP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Omair	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja

Gül	Leyla	SP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Köpfli	Michael	GLP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Enth.
Elserner	Susanne	GFL	Enth.
Grosjean	Claude	parteilos	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 22:08:20

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 22:08:56

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:10 - 132

Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Elserner	Susanne	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köpfli	Michael	GLP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja

Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Omair	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Bill	Lea	JAI	
Falkner	Anastasia	FDP	
Grosjean	Claude	parteilos	
Gubser	Beat	EDU	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Lehmann	Annette	SP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:10 - 133

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Elserner	Susanne	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Köpfli	Michael	GLP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja

Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Omair	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Enth.
Müller	Philippe	FDP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Bill	Lea	JAI	
Dana	Dolores	FDP	
Eicher	Bernhard	JF	
Falkner	Anastasia	FDP	
Gubser	Beat	EDU	
Imhof	Mario	FDP	
Kohli	Vania	BDP	
Künzler	Peter	GFL	
Lehmann	Annette	SP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 22:10:16

Datum / Zeit des Ausdruckes: 05.03.2009 22:10:57

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-22:11 - 134

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariassan	Ermine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Volmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja

Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Varia	BDP	Ja
Köpfli	Michael	GLP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Önar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Enth.
Gul	Leyla	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-22:12 - 135

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariassan	Ermine	GB	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elener	Susanne	GFL	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gul	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja

Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Varia	BDP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Önar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Volmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Enth.
Gafner	Jacqueline	FDP	Enth.
Götlin	Thomas	SP	Enth.
Köpfli	Michael	GLP	Enth.
Mordini	Patrizia	SP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Gubser	Beat	EDU	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:11:37

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:12:34

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-22:13 - 136

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gul	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sariassan	Ermine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Volmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja

Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elener	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Varia	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Önar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Enth.
Köpfli	Michael	GLP	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Mozsa	Erik	GFL	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Sancar	Hasim	GB	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 05.03.2009-22:13 - 137

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gul	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariassan	Ermine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Volmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja

Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elener	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Varia	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Önar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Enth.
Gafner	Jacqueline	FDP	Enth.
Köpfli	Michael	GLP	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Mozsa	Erik	GFL	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Sollberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:13:41

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:14:24

Anhang zu Protokoll Nr. 7 | Stadtratssitzung, 5. März 2009

Stadtrat der Stadt Bern

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Begert	Thomas	BDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Nein
Kohli	Vania	BDP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Anliker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Elserner	Susanne	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gul	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:14 - 138

Klauser	Daniel	GFL	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Omär	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greycz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Götlin	Thomas	SP	
Gubser	Beat	EDU	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Begert	Thomas	BDP	Nein
Bernasconi	Peter	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Nein
Hofer	Jimmy	parteilos	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Kohli	Vania	BDP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Omär	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Anliker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Elserner	Susanne	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:15 - 139

Gul	Leyla	SP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozsa	Erik	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greycz	Nicola	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Enth.
Trachsel	Martin	EVP	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Gubser	Beat	EDU	
Imhof	Mario	FDP	
Jordi	Stefan	SP	
Künzler	Peter	GFL	
Mathieu	Corinne	SP	
Schäfer	Daniela	SP	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:14:58

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:15:32

Stadtrat der Stadt Bern

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Begert	Thomas	BDP	Nein
Bernasconi	Peter	SVP	Nein
Beyeler	Dieter	SD	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Conzetti	Conradin	GFL	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Elserner	Susanne	GFL	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hess	Erich J.	JSVP	Nein
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Nein
Hofer	Jimmy	parteilos	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Klauser	Daniel	GFL	Nein
Kohli	Vania	BDP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Müller	Philippe	FDP	Nein
Omär	Nadia	GFL	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Nein
Trachsel	Martin	EVP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Anliker Mansour	Cristina	GB	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:16 - 140

Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Götlin	Thomas	SP	Ja
Gul	Leyla	SP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greycz	Nicola	SP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Köpfl	Michael	GLP	Enth.
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Enth.
Mozsa	Erik	GFL	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Jordi	Stefan	SP	
Künzler	Peter	GFL	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Anliker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Gafner	Jacqueline	FDP	Nein
Götlin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Hirt	Jimmy	parteilos	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Jordi	Stefan	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozsa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greycz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 05.03.2009-22:18 - 141

Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elserner	Susanne	GFL	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omär	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schneider	Martin	parteilos	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Enth.
Conzetti	Conradin	GFL	Enth.
Flückiger	Andreas	SP	Enth.
Gul	Leyla	SP	Enth.
Köpfl	Michael	GLP	Enth.
Linder	Anna Magdalena	GFL	Enth.
Haudenschild	Ueli	FDP	*****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Cottagnoud	Philippe	BDP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Solberger	Tanja	GLP	
Werli	Béatrice	CVP	

***** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:16:25

Datum / Zeit des Ausdruckles: 05.03.2009 22:18:15

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr: 05.03.2009-22:18 - 142

Aniker Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Cottagnoud	Philippe	BDP	Nein
Fischer	Regula	GPD-DA	Nein
Flückiger	Andreas	SP	Nein
Flückiger	Jan	GLP	Nein
Frieden	Urs	GB	Nein
Göblin	Thomas	SP	Nein
Grosjean	Claude	parteilos	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Hirt	Beni	SP	Nein
Imboden	Natalie	GB	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Linder	Anna Magdalena	GFL	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Mozaa	Erik	GFL	Nein
Penher	Stépanie	GB	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Sariaslan	Emine	GB	Nein
Schäfer	Daniela	SP	Nein
Schneider	Martin	parteilos	Nein
Schuler	Rolf	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
von Greyerz	Nicola	SP	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Bahnan Büechi	Rania	GFL	Ja

Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja
Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elisener	Susanne	GFL	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Köhli	Vania	BDP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Meier	Claudia	BDP	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Enth.
Köpfli	Michael	GLP	Enth.
Fludenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Lutz-Beck	Daniela	GFL	
Sollberger	Tanja	GLP	
Wertli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr: 05.03.2009-22:19 - 143

Eicher	Bernhard	JF	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Meier	Claudia	BDP	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Aniker Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Büechi	Rania	GFL	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Begert	Thomas	BDP	Ja
Bernasconi	Peter	SVP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beyeler	Dieter	SD	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Cottagnoud	Philippe	BDP	Ja
Elisener	Susanne	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPD-DA	Ja
Flückiger	Andreas	SP	Ja
Flückiger	Jan	GLP	Ja
Frieden	Urs	GB	Ja
Gafner	Jacqueline	FDP	Ja
Göblin	Thomas	SP	Ja
Grosjean	Claude	parteilos	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Hess	Erich J.	JSVP	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Hirt	Beni	SP	Ja
Hofer	Jimmy	parteilos	Ja
Imboden	Natalie	GB	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jordi	Stefan	SP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klauser	Daniel	GFL	Ja
Köhli	Vania	BDP	Ja
Köpfli	Michael	GLP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja

Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Linder	Anna Magdalena	GFL	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Mozaa	Erik	GFL	Ja
Müller	Philippe	FDP	Ja
Omar	Nadia	GFL	Ja
Penher	Stépanie	GB	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Sariaslan	Emine	GB	Ja
Schäfer	Daniela	SP	Ja
Schuler	Rolf	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trachsel	Martin	EVP	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
von Greyerz	Nicola	SP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Enth.
Schneider	Martin	parteilos	Enth.
Fludenschild	Ueli	FDP	****
Aebersold	Michael	SP	
Beuchat	Henri-Charles	CVP	
Dana	Dolores	FDP	
Falkner	Anastasia	FDP	
Imhof	Mario	FDP	
Künzler	Peter	GFL	
Sollberger	Tanja	GLP	
Wertli	Béatrice	CVP	

**** Präsidentin stimmt nicht